

Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 279 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Freitag, 14. Dezember 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Wieder
Clemenceaus Saarfanzosen
Seite 3

Auswandern, aber wohin?
Seite 4

Killee
hat „Mein Kampf“ vergessen
Seite 7

Teuerung und Hamstern

Illegale Berichte aus dem Reiche

Die Preise klettern

Berlin, 12. Dezember.

Zahlreiche Berichte unserer illegal arbeitenden Freunde aus dem ganzen Reiche zeigen die Wirkungslosigkeit des Versuches, die Teuerungswelle aufzuhalten. So geht uns

aus Sachsen

folgende Gegenüberstellung von Preisen zwischen dem 1. Dezember 1933 und dem gleichen Tage 1934 an:

	1933	1934
1 Pfund Kasseler Rippenst.	0,76	0,95
1 Pfund Schmalz	0,54	0,98
1 Pfund Erbsen	0,22	0,46—0,54
1 Pfund Butter	1,40	1,70
1 Pfund Fischfilet	0,40	0,70
10 Pfund Kartoffeln	0,25	0,48 (Schlange)
1 Pfund Leberwurst	1,12	1,40 (Hefen)
1 Pfund Feder	0,90	1,30

Aus dem Ruhrgebiet

werden ähnliche Steigerungen der Lebensmittelpreise berichtet. Ueber die Textilpreise und Verknappung der Ware wird geschrieben: „Strümpfe, soweit sie nicht aus Kunstseide hergestellt sind, um 15 bis 20 Prozent. Beklagt wird eine Verknappung von Hemden, Kellern, Mänteln. Diese Waren sind um 25 bis 30 Prozent im Preise gestiegen. Bettwäsche ist innerhalb weniger Monate um 30 bis 35 Prozent teurer geworden.“

Aus Bayern

wird berichtet:

Nicht nur die Textilwaren, deren schlechtere Qualität und Teuerung in allgemein ist, steigen im Preise, sondern vor allem die Lebensmittelpreise klettern zur Beunruhigung der Bevölkerung unaußersinnlich empor. Das Rindschmalz liegt im Laufe der letzten Monate von 1,30 auf 1,70 Mk. pro Pfund. In Straubing kostet es bereits 1,80 Mk. Schweineschmalz liegt von 70 auf 90 Pfg. pro Pfund. Ein Ei kostet bereits 10 Pfg. Im vergangenen Jahr zahlten wir zur selben Zeit 7 Pfg. Die Kartoffel kostet neuer 2,50 Mk., das ist mindere Qualität. Im vergangenen Jahr zahlten wir auf dem Lande noch 2 Mk. pro Zentner. Im Kleinverkauf kosten 10 Pfund Kartoffeln 50 Pfg. Für Mehl wurde jetzt eine 75prozentige Aufmahlung angeordnet. Dabei hat das Pfund Mehl um 2 Pfg. auf 22 Pfg. aufgeschlagen. Der Fettgehalt der Seife wurde um 50 Prozent herabgesetzt. Der Strang Wollseide ist durchschnittlich um 20 Pfg. teurer. Der Preis für einen Zentner Holz (1a) ist von 12 Mk. auf 22 Mk. gestiegen.

Rebultiche Berichte liegen aus Schlesien, Württemberg und der Pfalz vor.

Von Berlin

ist zu sagen: Die Preise steigen von Tag zu Tag. Grüne Erbsen, die im vergangenen Jahre mit 24 Pfg. verkauft wurden, kosten jetzt 40 Pfg. Der Schlächter, der vor einigen Wochen für Hammelfleisch 65 Pfg. zahlte, muß heute das Pfund für 98 Pfg. einkaufen. In den Schulbuchhandlungen sind die Preise wesentlich erhöht worden, was durch Anschlag am schwarzen Brett den Geschlechtern bekanntgegeben wurde. Es kostete ein Zeller Suppe bisher 5 Pfg., jetzt 7 Pfg., ein Mittagessen im Abonnement bisher 25, jetzt 30 Pfg., außer Abonnement bisher 30, jetzt 40 Pfg.

Die Warenverknappung

Die Warenknappheit und das Hamstern halten an. Einem Bericht aus Bayern entnehmen wir:

Die Knappheit in bestimmten Warenarten zeigt sich immer mehr. Er herrscht Mangel an verbilligtem Speisefett (Margarine). Knappheit besteht neuerdings besonders an Zwirn und anderen Textilergzeugnissen. An Seife mangelt es spürbar, aber nicht so, daß man seinen täglichen Bedarf nicht mehr decken könnte. Die Qualität ist schlechter geworden.

Mancherorts nimmt die Hamsternwut der Bevölkerung einen geradezu panikartigen Charakter an. In südbayerischen Provinzhäusern ist der Andrang in den Textilgeschäften beängstigend. Die Kunden machen glänzende Geschäfte. Der Laden ist fast vollständig ausgegangen. Jeder Käufer bekommt nur mehr eine Rolle. Die Leute rennen nun in jedes Geschäft und holen sich überall eine Rolle Waden. Das hat soweit geführt, daß am vergangenen Samstag die einzelnen Geschäfte für kurze Zeit geschlossen hatten. Kleidungsstücke werden in Massen gehamstert. Das führte dazu, daß die

Kleidergeschäfte nur je ein Damenrock, nur ein Hemd, eine Unterhose usw. verkaufen dürfen. Die Erregung wird dadurch immer größer und die Befürchtungen, die die Bevölkerung begl. scheinen sich dadurch zu bestätigen, so daß noch immer mehr Drang zum Kaufen besteht. Bekannte Seifen- geschäfte sind von Kunden umlagert, besonders in den Abend- hunden. Die Verkäuferinnen der Käufer, die im Laden warten müssen, zeigen, daß die Erregung in der Bevölkerung sehr groß ist. Dabei schlichen sich die Nationalsozialisten beim Hamstern nicht aus. Die neue Seife wird in der Qualität schlechter, aber der Preis bleibt derselbe. Von der noch vor- handenen alten Seife erhält der Käufer nur ein Stück. Die Erstickung der Nationalsozialisten lieh das Gerücht verbreiten, daß demnächst Hausdurchsuchungen nach gehamsterten Waren durchgeführt würden. Der Rundfunk und die Presse bemühen sich vergeblich, beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken. Wie wenig das wirkt, können wir täglich beobachten. Aus diesen Erscheinungen zeigt sich, daß das Volk kein Vertrauen zur Regierung hat.

„Da in unserem Ort nur jüdische Textil- geschäfte sind, läßt die Nazis, da sie sich hier beobachtet glauben, zur Befriedigung ihrer Konsum nach München. Aber auch das spricht sich herum und trägt nicht zur Hebung der Stimmung bei.“

Zwirn, Seife, Feder, Gummi usw. werden von allen gehamstert, die dazu in der Lage sind. Die Schmutzerei der Nazis gegen das Hamstern real nur noch mehr zum Hamstern an. Ein ähnlicher Bericht liegt aus Baden vor.

Aus dem Ruhrgebiet, aus Westfalen, Hannover und aus dem Bremer Gebiet wird übereinstimmend über weiter anhaltenden und sich verschärfenden Waren- mangel vor allem in Textilien berichtet. In der Produktion macht sich dieser Mangel jetzt sichtbar bei der Herstellung der Frühjahrsdarsteller. Die Nazis beruhigen sich mit der Reden- art, daß ja immer noch genug Frühjahrsdachen in den Lagern liegen und auf neue Moden keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Damit aber würde gerade der Kaufreiz, vor allem in der Damenkonfektion, erlöschen.

Einem Bericht

aus Sachsen

ist zu entnehmen: Die Konfektionshäuser usw. in Dresden dürfen Trikotagen nur bis drei Stück abgeben pro Käufer. Ueberall herrscht großer Andrang. Alles macht Angst, bzw. Vorfrageeinkäufe. Käse und Kakao können von den Großhändlern künftig nur noch zu zwei Dritteln des Sommer- bedarfs geliefert werden.

Sunlicht als Beispiel

In den Geschäften beginnen gute Seifen knapp zu werden. Erfah für bestimmte Qualitäten kann in vielen Fällen nicht mehr beschafft werden. Bei Wertheim in Berlin z. B. waren Sunlicht-Kernseifen zeitweise ausverkauft. Ein größerer Vorrat französischer Kernseife war in wenigen Stunden ver- rufen. Die Qualität wird schlechter. Die Sunlicht-Ge- sellschaft verwendete bisher Packungen, auf denen stand:

„30000 MW Härtehaft übernimmt die Sunlicht-Ge- sellschaft A.G., Mannheim, dafür, daß diese von ihr her- stellte Seife keine schädlichen Bestandteile enthält.“

Jetzt ist der Text folgendermaßen geändert:

„Die Sunlicht-Geellschaft A.G., Mannheim, übernimmt die Gewähr dafür, daß diese Seife unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen hergestellt ist.“

Gänzlich weggefallen sind auf den neuen Packungen die frü- heren Versicherungen:

„Größte Waschkraft, müdelose Arbeit.

Schonung der Gewebe.

Sunlicht-Seife ist wegen ihrer Reinheit auch für Hände und Körper vorzüglich geeignet.“

Der Kampf gegen die Weißgardisten

Moskau, 13. Dezember.

Im Zusammenhang mit der jüngsten Ermordung Kirov hat das Oberste Militärgericht auf Grund der letzten Verordnung des Zentralerziehungs-Komitees gegen zwölf Personen verhandelt, die beim illegalen Uebergang der polnisch-russischen Grenze von der Grenzschutz verhaftet wurden. Man hat bei ihnen Revolver und Handgranaten gefunden, die sie zu terroristischen Zwecken verwenden wollten.

Das Oberste Militärgericht hat von den zwölf Angeklagten neun zum Tode verurteilt. Das Urteil ist gemäß dem neuen Gesetz sofort nach der Urteilsverkündung vollstreckt worden.

13 400 Jahre Kerker

Ueber 1100 Jahre Kerker im Monat Oktober

Am Monats Oktober 1934 verhängten die sachsischen Ge- richter gegen antisowjetische Werktätige nach den bisher vor- liegenden Berichten 662 Jahre Zuchthaus und 469 Jahre Ge- fängnis. Der Anteil des „Vollgerichts“ an diesen insgesamt 1131 Jahren Kerker beläuft sich auf 254 Jahre Zuchthaus und 97 Jahre Gefängnis. Ueber 70 Prozent aller Verurteilungen erfolgten, wie die Note Gille auf Grund der Urteilsbegrün- dungen feststellte, wegen angeblichem Hochverrat und der „illegalen Fortsetzung verbotener Parteien“, ein Beweis für die ständig wachsende Kraft der antisowjetischen Freiheits- kämpfer, die sich durch keine Terrorurteile in der Weiterfüh- rung ihres heute noch unterirdischen Kampfes beirren lassen.

Mit den obigen 1131 Jahren Kerker erhöht sich die Gesamt- summe der registrierten Urteile gegen antisowjetische Frei- heitskämpfer auf insgesamt 13 400 Jahre Zuchthaus und Ge- fängnis. Diese Gesamtziffer darf aber nicht als vollständig angesehen werden, weil infolge der verschiedensten Schwie- rigkeiten eine genaue Berichterstattung über alle Urteile nicht erfolgen kann.

Warum sucht Frankreich Verständigung mit Mussolini?

Genf, 13. Dezember.

Die französisch-italienischen Verhandlungen scheinen in ein entscheidendes Stadium getreten zu sein. Der Vor- sitzende des auswärtigen Ausschusses des Senats, Berenger, ist vom italienisch-französischen Komitee in Rom eingeladen worden, eine Büste des französischen Dichters Chateaubriand in Rom zu enthüllen. Berenger ist nicht nur Vorsitzender des Auswärtigen Aus- schusses des Senats, sondern auch Vorsitzender des ita- lienisch-französischen Komitees in Paris. Dadurch verfügt Berenger über ganz ausgezeichnete Verbindungen in Rom, und es hat sich sehr rasch gezeigt, daß diese Enthüllung der Büste von Chateaubriand den Anlaß dazu gegeben hat, daß Senator Berenger gemeinsam mit dem französischen Botschafter Chambrun in Rom Verhand- lungen von größter politischer Bedeutung geführt hat. Ueber die mehrstündige Unterredung, die die beiden fran- zösischen Politiker mit Mussolini hatten, haben wir bereits berichtet. Dieser Unterredung ging übrigens eine ebenfalls sehr lange Unterhaltung voraus, die unmittelbar vor seiner Abreise Außenminister Laval mit dem italieni- schen Delegierten, Baron Aloisi, hatte.

Mussolini hat mit Berenger noch einmal eingehend alle Punkte erörtert, die die Voraussetzung einer fran- zösisch-italienischen Entente bilden müßten. Frankreich selbst ist bereit, größere Konzessionen Italien gegenüber in Tunis und am Ehad-See in Mittelafrika zu machen, aber die Schwierigkeiten liegen noch wie vor in den Gegensätzen zwischen Italien und den Bundesgenossen Frankreichs. Italien hat grundsätzlich das Recht Ungarns auf Revision seiner Grenzen anerkannt, während die Vertreter der Kleinen Entente noch gerade in diesen Tagen in Genf deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß diese Revisionsansprüche auf fried- lichem Wege nicht erfüllt werden können. Außerdem bleiben nach wie vor die Gegensätze zwischen Italien und Jugoslawien in bezug auf die Vorkherrschaft in der Adria und in bezug auf Albanien bestehen.

Es läßt sich naturgemäß noch nichts Genaues darüber sagen, ob es in aller nächster Zeit zu der von Frankreich ge- wünschten Verständigung mit Italien kommen wird, eben- so wie es immer noch nicht mit absoluter Sicherheit fest- steht, daß Laval nach Rom fährt. Dennoch ist es notwendig, sich völlige Klarheit darüber zu verschaffen, warum Frank- reich gerade seit einiger Zeit so hektisch um die Gunst Mussolinis wirbt. Die tiefere Ursache dieser Neuorientierung der französischen Außen- politik am Mittelmeer ist am Rhein zu suchen. Die technische und moralische Aufrüstung des „dritten Reiches“ bedeutet für Frankreich eine unmittel- bare Gefahr. Die französische Diplomatie hat daraus die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Sie hat bereits enge außenpolitische und auch militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland herbeigeführt und damit ein Gegengewicht gegen etwaige nationalsozialistische Aspirationen am Rhein geschaffen. Sie hat es auch trotz aller Bemühungen Hitlers abgelehnt, vorläufig eine Verständigung mit dem „dritten Reich“ herbeizuführen, und sie hat gerade in diesen Tagen der Wilhelmstraße zu verstehen gegeben, daß sie die Reise von Rudolf Heß und Ribbentrop nach Paris für über- flüssig hält. Für die französische Diplomatie gilt heute Hitlerdeutschland als Hauptfeind und deshalb bemüht sie sich, zunächst einmal durch eine vorherige Verständigung mit Italien die Position Frankreichs zu stärken.

Denn im Falle eines unter den gegenwärtigen Verhält- nissen in Deutschland nicht unwahrscheinlichen offenen Konflikts am Rhein will sich Frankreich unter allen Um-

Ständen auch eine Rückendeckung am Mittelmeer sichern. Und zwar spielen dabei nicht so sehr politische als rein militärische Erwägungen eine ausschlaggebende Rolle, die ihre Ursache in der besonderen strategischen Lage am Mittelmeer findet. La France d'out mer — das Frankreich von Marokko, Algier, Tunis, das Frankreich von Ägypten und Südafrika — stellt im Falle des Krieges ein vom militärischen Standpunkt aus gesehen ausgezeichnetes Menschenmaterial dem Mutterlande zur Verfügung. Die ganzen Besprechungen des französischen Generalstabes sind auf die Heranziehung großer Truppenkontingente aus dem afrikanischen Frankreich aufgebaut. Zu diesem Zweck muß aber die Wasserlinie Algier-Toulon, Marokko-Toulon geschützt sein, damit die Truppen aus Nordafrika unbehelligt in Südfrankreich landen können.

Da nun das faschistische Italien, das den Anspruch erhebt, das Mittelmeer in Mare Romanum umzuwandeln, da es weiterhin Ansprüche auf Erweiterung seines Kolonialbesitzes erhebt, da es auch außerdem nach der Provinz Savoy und auch nach Korsika schielt, so besteht für Frankreich die Gefahr, daß im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen am Rhein Italien die Situation auszunutzen könnte, um seine weitgehenden Pläne am Mittelmeer zu verwirklichen. Die hochentwickelte und starke italienische Luftflotte wäre mit Unterstützung der Seeflotte in der Lage, in einem Kriegesfälle in kürzester Zeit die französischen Häfen in Nordafrika und im Mittelmeer zu zerstören und damit die Verbindung zwischen Frankreich und seinem afrikanischen Besitz zu unterbinden. Damit würden die Pläne des französischen Generalstabes im Falle eines Krieges mit Deutschland über den Haufen geworfen.

Daß man in Italien mit solchen Gedanken spielt, ergab sich aus den vielbeachteten kombinierten Manövern, die sich vor einigen Jahren in Sizilien abspielten. Damals wurde der italienischen Luftflotte und der Marine die Aufgabe gestellt, die Landung von Truppen auf Tripolis nach Sizilien durch Zerstörung der tripolitanischen Häfen zu verhindern. Diese Aufgabe war gescheitert und diese Manöver sind begreiflicherweise gerade in Frankreich viel beachtet worden, weil man ohne weiteres ihren tieferen Sinn erkannte.

Um einen Zweifrontenkrieg in Zukunft zu vermeiden, und um die Gefahr einer Unterbrechung der Verbindung mit Afrika zu verhindern, bemüht sich jetzt die französische Diplomatie, angesichts der wachsenden Gefahr am Rhein eine Verständigung mit Italien zu erzielen. Frankreich ist grundsätzlich bereit, größere Konzessionen zu machen, unter der Bedingung, daß Italien die Verpflichtung übernimmt, Frankreichs europäische Politik, insbesondere in bezug auf Deutschland, rückhaltlos zu unterstützen.

Wir sehen also, daß eine eventuelle französisch-italienische Verständigung nicht nur eine Erstarkung der politischen und militärischen Position Frankreichs bedeuten, sondern darüber hinaus den Ring um das „dritte Reich“ schließen würde. Daraus ergibt sich von selbst, welche große politische Bedeutung den Verhandlungen in Rom beizumessen ist. Von ihrem Ausgang hängt das Schicksal Europas für die nächsten Jahre ab.

Für wänglers Ausreise - verweigert!

Jetzt enthält sich das Geheimnis warum Wilhelm Furtwängler den Wiener Philharmonikern plötzlich „aus Gesundheitsgründen“ ablagen mußte.

Wie das St. Galler Tageblatt* erfährt, ist am Mittwochsabend die gesamte deutsche Grenze für den früheren Operndirektor der Berliner Staatsoper, Wilhelm Furtwängler, gesperrt worden, so daß seine Ausreise aus Deutschland unmöglich wurde.

Das sieht so aus, daß Wilhelm Furtwängler demüßigt bei Nacht und Nebel über die Grenze fliehen muß, um sich der Liebe des „dritten Reiches“ zu erwehren. Er dürfte die Folge Reize der deutschen Emigranten nicht unwürdig vermehren.

Krauß muß gehen

Die Wiener Demonstration gegen Clemens Krauß, über die wir gestern berichteten, haben zur vorzeitigen Dienstenthebung des nun endgültig nach Berlin überfödelnden Wiener Operndirektors geführt. Die Art, wie er mit den braunen Autoritäten des „dritten Reiches“ verhandelte, und die Abigkeit, mit der er seine mangelnde Solidarität gegenüber Furtwängler und Kleiber offenkundig machte, haben ihn nun jedes Ansehen in Wien gebracht. Daraus zog man die gegebenen Folgerungen. Herr Krauß wird an der Wiener Staatsoper, die ihm den Weg zum Aufsteig bahnte, so schnell nicht wieder dirigieren.

Als Nachfolger von Krauß ist Generalmusikdirektor Kleiber (Berlin) als Dirigent der Wiener Staatsoper in Aussicht genommen.

Der „Führer“ der Heiden

Die „heidnische“ Konfession

Berlin, 18. Dez. Die „Nordische Zeitung“, das Kampfblatt der nordischen Glaubensbewegung, veröffentlichte eine Zuschrift des Führers der germanischen Glaubensgemeinschaft Friedrich Gaertt über die Frage der öffentlichen rechtlichen Anerkennung einer dritten Konfession. Gaertt schreibt: „Wir sind unterm Führer dankbar, daß er uns die volle Freiheit für unser Denken und Handeln und die religiöse Erziehung unserer Kinder zugesichert hat. Mehr haben wir nie gefordert. Man glaubt auch nicht, daß unser Führer Adolf Hitler, für den die Erziehung eines germanischen Staates deutscher Nation das unverrückbare Ziel seines Denkens und Handelns ist, bei der gegenwärtig erdrückenden außenpolitischen Spannung und bei dem nicht zu unterschätzenden propäandistischen Einfluß der christlichen Nachrichten, insbesondere der römischen Kurie, die dritte heidnische Konfession seinerseits noch besonders offiziell behelligen werde. An eine derartige Möglichkeit können auch wir Menschen denken, die von der praktischen Arbeit überhaupt keine Ahnung haben.“ Die „Nordische Zeitung“ knüpft an die Veröffentlichung dieses Briefes eine Solidaritätserklärung mit dieser Auffassung und erinnert an die seinerzeit an den Stellvertreter des Führers dekretierte Bitte um staatlichen Schutz, in der

Italien am Scheidewege

Kommt es zu einer Entente mit Frankreich?

Paris, 18. Dezember.

Von unserem Korrespondenten

So bezücht auch die wiederholte Einladung Mussolinis an Außenminister Cavaletti gehalten ist, wie lebhaft auch dieser selbst wünscht, bald die geplante Reise nach Rom anzutreten, so ist doch auf Grund der Informationen, die man jetzt nach Cavaletti Heimkehr aus Genf von gut unterrichteter Seite erhält, kaum damit zu rechnen, daß es noch in diesem Jahre zu der Romfahrt kommt und diese dann mit Rücksicht auf die Saarabstimmung erst nach dem 15. Januar stattfinden kann.

Gewiß sind die Vorbedingungen für Cavaletti's Romfahrt so gut wie erfüllt. Wir konnten bereits darauf hinweisen, daß zwischen Frankreich und Italien in den Vorverhandlungen weitgehende Einigung erzielt wurde. Aber am Duai d'Orsay ist man der Auffassung, daß eine Entente zwischen Paris und Rom nur dann möglich ist, wenn zwischen Italien und Jugoslawien bzw. der Kleinen Entente eine Verständigung erzielt ist. Frankreich ist bereit, Italiens Wünsche in Afrika zu befriedigen, was für Frankreich koloniale Opfer bedeuten würde, aber es will diese Opfer nicht unkontrolliert bringen. Denn wenn nach der Unterzeichnung eines französisch-italienischen Abkommens die Gegenläufe zwischen Rom und Belgrad nicht aus der Welt geschafft würden, dann würde Frankreich mit den kolonialen Angelegenheiten an Italien auch noch die Freundschaft der Kleinen Entente geopfert haben. Und wie wertvoll diese Freundschaft für beide Teile ist, haben ja gerade die jüngsten Verhandlungen in Genf gezeigt, wo nur infolge des energischen und zielbewussten Zusammenwirkens von Frankreich und Kleiner Entente die friedliche Beilegung des jugoslawisch-ungarischen Konfliktes erreicht werden konnte.

Die Spannung im Fernen Osten

Scharfe Erklärungen japanischer Diplomaten

New York, 10. Dezember.

Nach den hier eingetroffenen Mitteilungen hat der Reiner-Ausschuß des japanischen Staatsrats den Text der Note angenommen, die ihm von der Regierung vorgelegt wurde und die die Kündigung des Flottenabkommens von Washington enthält. Der Reiner-Ausschuß hat den Inhalt der Note gebilligt, nachdem er eingehend dem Ministerpräsidenten Okada, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Hirota, den Marineminister Osumi und den Kriegsminister Hanyashi angehört hat. Die Tokioer Zeitungen behaupten, daß die offizielle Kündigung des Washingtoner Flottenvertrages den Großmächten am 20. Dezember überreicht wird.

Die politische Lage im Fernen Osten hat sich im Zusammenhang mit der Kündigung des Washingtoner Abkommens verschärft. Dies geht insbesondere aus einigen Erklärungen führender japanischer Staatsmänner hervor. So hat der japanische Botschafter in Washington Saito in einer Unterredung hervorgehoben, daß Japan entschlossen sei, seine Vormachtstellung im Fernen Osten zu verteidigen. „Japan“, so sagte Saito wörtlich, „wird bis zum äußersten, bis zum Tode, ja bis zum Selbstmord Widerstand leisten gegen den Versuch Englands und den Vereinigten Staaten, Japan an der Erfüllung seiner Aufgabe als Erhalter von Frieden und Ordnung im Fernen Osten zu verhindern.“ Der gegenwärtig in Tokio weilende japanische Bot-

schafter in Moskau, Ota, hat bei einem Presseempfang die Erklärung abgegeben, die lebhaftes Aufsehen hervorgerufen hat. Er sagte wörtlich folgendes: „Es ist unbedingt notwendig, daß die Rüstungen entlang der japanisch-mandschurisch-russischen Grenze verringert werden, damit die Weichungspunkte beseitigt werden. Rußland hat bisher an der nordmandschurischen Grenze Truppenmassen konzentriert, welche auf nicht weniger als 200.000 Mann schätzt werden. Rußland muß diese Truppenmassen beschleunigt zurückziehen, sonst kann der ostasiatische Friede auf die Dauer schwerlich erhalten werden.“

Marineminister Osumi hat im Ausschuss des Staatsrats ebenfalls sehr bezeichnende Erklärungen abgegeben. Er sagte, die Vereinigten Staaten könnten den Vorprung Japans an ausgebildeten Offizieren und Mannschaften nicht einholen. Nach der Kündigung des Flottenvertrages würde Japan die Möglichkeit haben, neue Kriegsschiffe zu bauen, ohne dafür die alten abzurufen. Er erklärte, daß Japan die Mandate über die strategisch wichtigen Südebenen nicht aufgeben und nötigenfalls sein Recht durch Einsatz seiner Flotte zu schützen wissen werde.

Diese drei Erklärungen mahnender japanischer Staatsmänner und Diplomaten zeigen deutlich, wie gespannt augenblicklich die Verhältnisse im Fernen Osten sind und welche Gefahr von dort aus dem Frieden der Welt droht.

Vor dem Abschluß des russisch-französischen Handelsvertrags

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 13. Dezember.

Handelsminister Marchandou ist nunmehr aus Moskau nach Paris zurückgekehrt. Wie er berichtet, konnte er in der sowjetrussischen Hauptstadt feststellen, daß die französisch-russischen Beziehungen nicht irgendwo durch eine andere Mächtegruppierung gefährdet werden könnten. Sie seien sehr fest, und mit großer Freude habe man während seiner Anwesenheit in Moskau dort von dem Abschluß des Genfer Abkommens zwischen Litwinow und Cavaletti Kenntnis genommen. Ende der Woche würden die russischen Unterhändler nach Paris kommen, um dort den Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen. Wie Marchandou sagte, glaube er mit seiner Reise ein günstiges Ergebnis erzielt zu haben, obwohl eine Schwierigkeit darin gelegen habe, daß der russische Staat das Außenhandelsmonopol behalte. Das Ergebnis der Moskauer Reise läßt sich zusammenfassen, einmal in der Vorbereitung der Pariser Verhandlungen, die zum baldigen Abschluß eines Handelsvertrages führen sollten; dann in dem Abschluß des provisorischen Abkommens, das am 11. Dezember abgelaufe und an diesem Termin nicht erneuert werde, sondern bis zur Unterzeichnung des Handelsvertrages in Kraft bleiben werde.

Der Zweck dieses provisorischen Abkommens, das in Wahrheit die Einleitung zum Handelsvertrag bildet, sei es, fortan den französisch-sowjetrussischen Handelsverkehr zu erhöhen. Das sei dringender notwendig, wenn man bedenke, daß während der ersten zehn Monate dieses Jahres die russische Einfuhr in Frankreich einen Wert von 285 Millionen erreichte habe, während die französische Ausfuhr sich nur auf

94 Millionen beziffert habe. Es handele sich da um ein Defizit, das für den französischen Handelsausgleich, wie Marchandou bemerkt, um so wichtiger sei, als das im Januar 1934 unterzeichnete Abkommen es Frankreich gestattet, mit einem Umlauf von 250 Millionen zu rechnen.

Anschluß also wird es die Aufgabe der russischen und französischen Unterhändler sein, die sich bereits am Montag an die Arbeit machen werden, hier einen harmonischen Ausgleich zu finden. Daraus wird sich dann der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Sowjetunion erheben, und man rechnet damit, daß zu diesem Zwecke der sowjetrussische Kommissar für den Außenhandel Kosenholz Ende des Monats in Paris eintreffen wird.

Ungarns Maßnahmen gegen d'e Kroaten

Belgrad, 13. Dezember.

Der Völkerverbund hat es Ungarn zur Pflicht gemacht, selbst die Untersuchung darüber zu führen, wer von den auf ungarischem Gebiet befindlichen kroatischen Emigranten an dem Mordattentat mitwissend ist und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Man hofft nun in der jugoslawischen Hauptstadt, daß Ungarn dieser Verpflichtung nachkommen wird und seine Maßnahmen gegen die Verschwörer nicht nur auf dem Papier stehen werden.

Obwohl Jugoslawien volle Genugtuung gegeben wurde, schreibt die „Franda“, ist die Angelegenheit noch nicht erledigt. Ungarn soll eine Untersuchung vornehmen, alle Schuldigen bestrafen und dem Völkerverbund darüber berichten. Wenn Ungarn in der Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung nicht loyal ist, wird Jugoslawien das Recht haben, sich von neuem nach Genf zu wenden.

Budapest, 13. Dezember.

Das in Genf getroffene Uebereinkommen wird von der Presse mit Beifriedigung zur Kenntnis genommen. Alle ungarischen Blätter heßen in erster Linie fest, das Ungarns Ehre durch den Kompromiß nicht berührt wird, da die ungarische Regierung selbst die erneute Untersuchung vornehmen soll. Die meisten Zeitungen erkennen Cavaletti's außerordentliche, auf Beilegung des Streitfalls gerichtete Bemühungen an, vor allem aber gilt dem italienischen Völkerverbundsdelegierten Baron Aloisi und damit Mussolini die ungarische Dankbarkeit.

„Andern man uns angriff“, schreibt der offizielle „Budapesti Hirlap“, „wollte man den Völkerverbund zur Beilegung von Ungarns Verantwortlichkeit bringen und uns danach moralisch und politisch zur Anerkennung der Unveränderlichkeit der ungarischen Grenzen zwingen, und sogar zum Verzicht auf eine friedliche Revision. Dank der Gewissenhaftigkeit großer zivilisierter Völker ist dieser Plan gescheitert.“

„Der Völkerverbund hat die Unternehmung der ungarischen Regierung anvertraut“, heißt „Nagyakelen“, das Organ des Ministerpräsidenten, fest, „kleine ausländische Kommission wird in Ungarn eine Untersuchung führen. In keiner Weise ist die Souveränität der ungarischen Nation in Mitleidenschaft gezogen.“

„Die Angelegenheit ist beseitigt, ohne daß unsere Ehre bloßgestellt ist“, erklärt „Ujsag“.

es damals hieß: Es erscheint nicht wünschenswert, den Heiden Deutschlands durch die amtliche Organisation einer christentumfreien germanischen Religionsgemeinschaft neuen Agitationsstoff zu liefern. Wir brauchen im Augenblick noch keine staatliche Anerkennung oder staatliche Förderung. Wir bitten daher nur um die Gewährung der Gewissensfreiheit.

Der Führer hat wiederholt erklärt, daß er auf dem Boden des „positiven Christentums“ stehe. Hier wird das Gegenteil behauptet: Er sei in Wahrheit Anhänger einer christentumsfreien germanischen Religionsgemeinschaft. Nur aus tatsächlichen Gründen bekenne er sich nicht offen zu ihr und halte nach außen hin noch Frieden mit Rom.

Das hat manche Wahrscheinlichkeit für sich. Bekanntlich ließ Hitler den toten Feldmarschall einlegen „in Walhall“, wo der Christengott bekanntlich einflußlos ist. Alle diese Meldungen über die stillen Sympathien Hitlers lassen es glaubhaft erscheinen, daß er auf die Gelegenheit wartet, „praktische Arbeit“ nach der anderen Richtung zu machen. Vermutlich warten er und andere noch nach die Saarabstimmung an.



FÜR DEUTSCHLAND GEGEN HITLER

Geheime Abstimmung garantiert

Nazi-Unterricht für die Abstimmungskommission

Wenn es eine Körperschaft an der Saar gibt, die sich um Unparteilichkeit bemüht, so ist es die neutrale Abstimmungskommission. Manchmal konnte man den Eindruck haben, ihre betonte Unparteilichkeit wirke wie eine Begünstigung der „deutschen Front“. Offenbar lebten die Herren in dem schönen Glauben, ihre strenge Objektivität werde so etwas wie Verständnis oder gar Anerkennung bei der „deutschen Front“ und bei der Reichsregierung finden. Noch immer träumen ja manche Ausländer von den Gentlemen auch auf der anderen Seite.

Nun erteilt der Saar-Kommissar Bärkel der Abstimmungskommission eine Lehre. Die Herren erfahren nun von ihm, wie wenig ritterlich sie sich gegenüber dem reichsamtlichen Geldstrankfuderer gestellt haben, der zu den großen deutschen Patrioten gehört. Keine Spur davon, daß der deutsche Rundfunk, der einen Kriminellen zum Sprecher über alle deutschen Sender berufen hat, einen Tadel verdiene. Ganz unverständlich, wie die Abstimmungskommission dazu kommt, sich in diese Ehrenangelegenheiten der zur Zeit in Deutschland regierenden Machthaber einzumischen. Sie möge sich gefälligst um die ausländischen Sender kümmern, wo jeden Tag gegen die bekanntlich sehr ehrenwerte deutsche Reichsregierung gehetzt werde. Ueber den leider vorhandenen kleinen Unterschied, daß noch keine ausländische Regierung einen zuchthausreifen Geldstrankfuderer zum amtlichen Rundfunksprecher berufen hat, sieht Herr Bärkel großzügig hinweg.

Dankbar sind wir Herrn Bärkel, daß er noch einmal daran erinnert, wie oft die Reichsregierung mit Ausdrücken wie „Mörder und Gangster“ belegt worden ist, und zwar allgemein in der Weltpresse. Da Herr Bärkel diese Worte in Beziehung bringt zu den in Deutschland regierenden Herren, werden wir die Worte wohl rein referierend hierhin setzen können. Sonst sind sie durch die Regierungskommission und die just so hart gerügte Abstimmungskommission streng verboten. Im Saargebiet darf man höchstens sagen, daß von Deutschland der Geldstrankfuderer und andere Gangsters amtlich in Dienst gestellt werden.

Die Abstimmungskommission wird vielleicht noch eine Zeitlang in der Meinung beharren, daß man mit den Vent' a da drüber irgendwelche gentlemen agreements schließen könne. Allmählich wird sie aber schon dahinter kommen, daß die gentlemen's papers bleiben, weil auf der anderen Seite die gentlemen fehlen.

Ein Exempel: St. Ingbert

Das ist der tägliche Terror

Ein fast unglaublicher, jedoch durch die ungeheure und maßlose Hebe der „deutschen Front“ sehr leicht verständlicher Vorfall ereignete sich in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in Ensdorf. Graf Bentinck, dem das Polizeiwesen im Bezirk St. Ingbert unterstellt ist, fuhr mit einigen Vandjägern in obenerwähnter Nacht auf einer Patronenfabrik durch Ensdorf. Als der Wagen in Ensdorf einfahren wollte, stellte sich ihm plötzlich ein junger Mann,

in den erhobenen Händen einen schwarzen Stein, in den Weg, um den Wagen zum Stehen zu bringen. Zum Glück erkannte der Chauffeur sofort die Gefahr und brachte den Wagen zum Halten, ohne daß es dem Rohling gelang, den Stein nach dem Wagen zu werfen. Die Vandjäger, die sich im Wagen befanden, ließen sofort aus und verhafteten den Wegelagerer. Bei der weiteren Fahrt durch Ensdorf trafen die Beamten immer wieder auf Widerstände der Terrorgruppen der „braunen Front“. Die Vandjäger mußten zum Gummiknäuel greifen, wobei es nicht mehr so zart herging, wenn Nazis in Frage kommen. Graf Bentinck dürfte nun zum zweiten Male den Terror der braunen Front in Ensdorf persönlich schmecken haben. Das erste Mal war es bei der Rundgebung der Freiheitsfront wo das Heberallkommando aus Saarbrücken alarmiert werden mußte. Das zweite Mal hatte er den Terror der braunen Front beinahe am eigenen Leibe verspürt.

Dieser Terror ist nicht nur in Ensdorf festzustellen, sondern in fast allen ländlichen Gemeinden des ganzen Bezirks St. Ingbert. Die Straßentruppen der braunen Front bewachen des Nachts die Häuser, in denen Hitlergegner wohnen. Daß dabei St. Ingbert als Hauptstadt des Bezirks nicht zurücksteht, ist selbstverständlich. Keine Nacht vergeht, wo nicht der Ordnungsdienst der braunen Front durch die Straßen zieht. Ganz schlimm geht es in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag zu.

Mit Motorrädern werden sämtliche Straßen abgefahren. Es ist ein Hin- und Herrennen, jedoch die nächtliche Ruhe der Anwohner der unteren Rattierstraße dauernd gestört ist. Beschwerden dagegen sind bei unserer blauen Polizei wiederholt eingegangen, aber die Beschwerdeführer wurden von den diensttuenden Beamten mit nicht immer höflichen Worten abgelehnt. Hoffentlich nimmt sich Graf Bentinck dieser Sache an und macht auf dem schnellsten Wege diesem Treiben der braunen Front ein Ende.

„Saarbrücker Zeitung“. Abr bringt ein großartiges „Dokument“ über die Sozialisierung und „Anteilung“ der Weiber in Sowjetrußland. Der nationalsozialistische „Wochenblatt“ in Köln aber, der doch auch sein Vagenbandwerk verachtet, meldet am gleichen Tage, ... daß der ehemalige Chef der „Tischler“ in Tula, Kretschow, von der sowjetrussischen Behörde wegen Plutwiderstand zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde? — Können wir Euch nicht wenigstens auf eine mittlere Linie des Zawiabins einigen?

Der Abstimmungskommission ist zur Kenntnis gelangt, daß unter der Bevölkerung hier und da die Befürchtung besteht, die Abstimmung des 13. Januar werde nicht geheim sein, so daß die Stimmberechtigten, je nachdem sie in diesem oder jenem Sinne stimmen, sich den Vergeltungsmassnahmen von Einzelpersonen oder gar von Seiten der Behörden desjenigen Staates aussetzen, gegen den sie gestimmt haben.

Diese Befürchtung ist schon deshalb unbegründet, weil jeder, der beiden an der Abstimmung beteiligten Staaten sich am 2. Juni 1934 dem Völkerbund gegenüber feierlich verpflichtet hat, nicht nur

„sich hinsichtlich der Abstimmungsberechtigten Personen jeder Verfolgung, Vergeltungsmassnahme oder Schlichterstellung wegen der politischen Haltung, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommen haben, zu enthalten;“

sondern auch „die geeigneten Massnahmen zu treffen, um jede diesen Verpflichtungen zuwiderlaufende Handlung ihrer Staatsangehörigen zu verhindern oder ihr Einhalt zu gebieten.“

Außerdem aber ist das gesamte System der Abstimmungsordnung in solcher Weise aufgebaut, daß den Abstimmungsberechtigten alle Gewähr dafür geboten wird, daß ihre Stimmabgabe frei, geheim und unbeeinflusst ist.

Der Abstimmungskommission erscheint es ganz besonders wichtig, nicht nur für die vollkommene Geheimhaltung der Stimmabgabe besorgt zu sein, sondern auch bei der Bevölkerung die Ueberzeugung zu erwecken, daß sie sich unter allen Umständen auf diese Geheimhaltung verlassen kann. In die Geheimhaltung sichergestellt und ist der Stimmberechtigte hiervon überzeugt, dann wird er imstande sein, im Augenblick der Stimmabgabe alle etwa unter Druck oder Drohung erfolgten Verleumdungen, ihn zu beeinflussen und in die Freiheit seiner Entscheidung einzugreifen, abzuschütteln, und seine Wahl zwischen den drei durch den Friedensvertrag gebotenen Möglichkeiten wird in voller Unabhängigkeit erfolgen können.

Unbeschadet der weiteren Ausführungsbestimmungen, welche die Abstimmungskommission sich vorbehält, im geeigneten Augenblick der Bevölkerung bekannt zu geben, hält sie es für geboten, schon heute die Aufmerksamkeit auf folgendes zu lenken:

Die Mitglieder der Abstimmungskommission und sämtliche Beamte derselben einschließlich der Vorsitzenden aller Wahl-

büros sind dem Saargebiet fremd und gehören keinem der an der Volksabstimmung beteiligten Staaten an.

Bei der Wahlhandlung selbst muß jeder Abstimmungsberechtigte seinen Stimmzettel in einer Isolierzelle ausfüllen, welche er allein betritt (außer, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens eines Beistandes bedarf) und muß dann diesen Zettel in der gleichen Zelle in einen Umschlag stecken, den er selber verschließt. Nachdem er aus der Isolierzelle getreten ist, übergibt er den geschlossenen Umschlag dem Vorsitzenden, der ihn in die Urne legt.

Jedem Stimmberechtigten ist es bei Strafe untersagt, im Abstimmungslokal auf irgend eine Weise die Wahl, die er treffen wird, oder die er bereits getroffen hat, bekanntzugeben. Hat er noch nicht gestimmt, so geht er seines Stimmrechts verlustig.

Die Urnen werden zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses unter strenger Bewachung durch neutrale Beamte und Polizei nach Saarbrücken gebracht, und zwar wird vor der Zählung der Inhalt sämtlicher Urnen eines Abstimmungsbezirks vermerkt, so daß das Abstimmungsergebnis der einzelnen Wahllokale nicht einmal der Abstimmungskommission bekannt sein wird, geschweige denn an die Öffentlichkeit gelangen kann.

Nachdem die Zählung durch neutrale Beamte unter Aufsicht der Abstimmungskommission stattgefunden hat und das Wahlergebnis in sorgfältiger Weise festgestellt worden ist, werden die Stimmzettel nach Genf verbracht und dem Völkerbund übergeben, so daß die Möglichkeit einer nachträglichen Untersuchung derselben mit der Absicht, den Sinn der Abstimmung der einzelnen Stimmberechtigten herauszufinden, vollkommen ausgeschlossen ist.

Wer durch unerlaubte Mittel wie Gewalt, Drohung, Betrug, Verleumdung usw. eine Person zu bestimmen sucht, zu offenbaren, in welchem Sinne entweder sie selbst oder eine dritte Person gestimmt hat oder zu stimmen gedenkt, wird nach den geltenden Strafbestimmungen mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft. Die Strafe kann nicht weniger als ein Jahr betragen, wenn die Tat von mehreren Personen gemeinsam begangen wird.

Die Abstimmungsgeheimhaltung bleibt auch nach erfolgter Abstimmung noch bestehen.

Saarbrücken, den 11. Dezember 1934.

Die Abstimmungskommission:

Victor Deury
A. E. Rohde D. de Jongh Wyn.

Clemenceaus Saarfranzosen

Die „Saar-Volksstimme“ legt ihre Enthaltungen über Clemenceaus Saarfranzosen, die sich heute als rabiate Nazis entpuppen, fort. In seiner heutigen Nummer bringt das Organ der Freiheitsfront ein Schreiben der heutigen Dittlerschreier aus dem Orte Ensdorf, das am 13. Mai 1919 an den verstorbenen Ministerpräsidenten Clemenceau gerichtet wurde und das wie folgt lautet:

Herrn Ministerpräsident
Clemenceau!

Wir Unterzeichnete wenden uns hiermit an Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte, dafür eintreten zu wollen, daß wir möglichst bald der französischen Republik als gleichberechtigter Bestandteil angegliedert werden. Geographisch haben wir seit jeher zu Lothringen gehört und geographisch sind wir nicht von ihnen zu trennen. In Sitten und Gebräuchen sind wir ihm stammsverwandt und wirtschaftlich binden uns unzerrennliche Bande. Die preussische Verwaltung war uns seit jeher verhaßt und in diesem Kriege hat sie an uns schwer gekündigt, ohne daß uns bisher Sühne geworden ist. Indem wir hoffen, daß uns Frankreich Gerechtigkeit bringen wird, erneuern wir unsern Wunsch, Franzosen werden zu wollen.

Ensdorf, den 13. Mai 1919.

Genau so, wie sie heute „bedingungslos“ zu ihrem Dittler „heimkehren“ möchten, genau so haben diese handhaften deutschen Männer und Frauen im Jahre 1919 unbedingt Franzosen werden wollen. Die „Saar-Volksstimme“ veröffentlicht eine sehr große Anzahl von Namen Ensdorfer Einwohner, die heute stramme P. & S. sind. Selbstverständlich fehlt in der Mitte der Ensdorfer Saarfranzosen auch der Name des dortigen Vorsitzenden der „deutschen Front“, Pa. Johann Schno, nicht. Das Schreiben ist u. a. auch von einem gewissen Peter Neu unterzeichnet worden, der 1919 allen, die es wissen und nicht wissen wollten, stolz kundgab, daß der französische Marschall Neu, der tatsächlich aus Saarlouis kommt, angeblich sein Ahne gewesen war. Heute aber betet dieser Neu denselben Dittler an, der den „Erbfeind“, das „verneigte Frankreich“, unbedingt „vernichten“ will.

„Es ist dir nicht erlaubt!“

Eine Rede des Pfarrers Bungarten

Pfarrer Bungarten gehört zu den bekanntesten Persönlichkeiten des Saargebietes. Er war der letzte Vorsitzende der Zentrumspartei, ehe sie gewaltam aufgelöst wurde. Bis vor kurzem war er auch noch Vorsitzender des Ausschusses der „Saarbrücker Landeszeitung“. Aber jeder-mann weiß, daß Pfarrer Bungarten keineswegs gleichgültig ist und aus seiner Gesinnung gegenüber dem Hitler-Reich keinen Hehl macht, wenn er freilich gemäß den Wünschen der Bischöfe dabei den Bezirk des Religiösen nicht verläßt.

In Neunkirchen sprach er in diesen Tagen in einer Adventfeier des Männer- und Junglingsvereins und sagte: „Er muß zunehmen, ich muß abnehmen!“ Dieses Wort des armen Büblers und Vorläufers unseres Heilandes

schickte er seiner Adventbetrachtung voraus. Johannesheulen, Johannescharaktere brauchen wir in der heutigen Zeit dringender denn je. Mannesmut und Glaubensstrenge, wie selten sind sie geworden. Wie sind sie rar geworden in einer Zeit der verwahrlosten Charaktere. Vor dem Kriege waren sie blau, nach dem Kriege rot, dann als sich die Konjunktur etwas besserte, als es gefahrlos war, wurde man schwarz und heute liebt man eine andere Farbe. Selten Glauben bekennen heißt nicht nach irdischen Dingen fragen, wenn es das Ewige zu erröthen gilt. Der hl. Johannes, der Hüter aus der Wüste, hat die Lehren des Heilands gepredigt, hat einem verweirlichten Volk die Wahrheit gesagt; er sprach zu Königen: „Es ist Dir nicht erlaubt!“ Wo finden wir noch heute diesen Mut? Heute sucht man die Person des Weltersüßers herabzuwürdigen. Man läßt sich und entsetzt, so daß von dem glänzenden Bild des Heilandes nichts mehr übrig bleibt. Ein Neubekehrter glaubt seine Erlösung mehr notwendig zu haben. Johannes stand fest und unbegreiflich wie eine Eiche. Tun wir es ihm nach. Sehen wir kein schwankendes Rohr, das jedem Wind sich beugt?

Man kann nicht auf dentlicher sein. Es gab härmlichen Beifall, denn jeder hatte Pfarrer Bungarten sehr gut verstanden.

Die Wahrheit über den S'atus quo

Das Genfer „Journal des Nations“, das über die Angelegenheiten des Völkerbundes am besten unterrichtet, äußert sich mit voller Klarheit über die Bedeutung der Abstimmung vom 13. Januar. Es schreibt darüber:

„Der Punkt auf dem i

Die Abstimmung, die eigentlich nur den Ausschlußbericht anzunehmen hatte — wie man voraus wußte: einstimmig —, hatte doch durchaus keine rein formale Bedeutung. Vielmehr haben Royal, Vinwinow und Genesich sehr richtig die Notwendigkeit erkannt, in der Frage der zweiten Abstimmung den Punkt auf das i zu legen. Sie taten es mit aller wünschenswerten Klarheit.

Die Saarländer wissen heute, daß sie sich mit einer Abstimmung für den Status quo nicht für immer von ihrem deutschen Vaterland trennen.

Sie wissen, daß der Grundgedanke der freien Selbstbestimmung, den der russische Außenminister sehr glücklich zum Ausdruck brachte, seine volle Gültigkeit nach dem 13. Januar behalten wird, und daß weder Frankreich noch der Völkerbundrat sich der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland widersetzen werden, sobald dies der Volkswille sein wird.

Die Abstimmung vollzieht sich also im Reichen: Nicht für oder gegen Deutschland, sondern für oder gegen Dittler!

Sie wird von großer Bedeutung sein als ein genauer Ausdruck der Haltung des deutschen Volkes zum „dritten Reich“.

Deutschland kann das ohnehin klare Ergebnis der Abstimmung nicht ausgeprochen, deutlicher die Verlogenheit der gleichgeschalteten Presse, die das Licht der Sonne im Dienste ihrer Protogebirg leuchtet, nicht gekennzeichnet werden.

Agitiert für die „Deutsche Freiheit“

Schuschnigg

Oesterreich sekundiert der Hitler-Regierung

Aus Wien wird uns geschrieben:
In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen, daß die Regierung Schuschnigg ihren außenpolitischen Kurs ändert und sich immer mehr als Sekundant der Außenpolitik des Dritten Reiches fühlte. So hat in den letzten Tagen, unmittelbar nach dem im englischen Unterhaus und in der französischen Kammer erfolgten Enthüllungen über die deutsche Aufrüstung, die Wiener Freheppelzeit den Zeitungen die strenge Weisung erteilt, daß über die deutsche Aufrüstung nichts anderes als die offiziellsten Mitteilungen veröffentlicht werden dürfe. Die Regierung Schuschnigg will auf diese Weise verhindern, daß etwa durch Veröffentlichungen in Wiener Zeitungen neues Material über die rapide deutsche Aufrüstung bekannt werde. Die außerordentliche Wendung des Balkanhandlages kommt auch in der Stellungnahme der Regierungsorgane zur Saar-Frage zum Ausdruck. Die „Reichspost“ hat nach dem Abschluß des deutsch-französischen Saar-Abkommens einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Stellungnahme des offiziellen Deutschland zur Saar-Frage völlig identifiziert; die „Reichspost“ feiert die angeblich bevorstehende Rückkehr des Saargebietes, obwohl gerade in den letzten Tagen die katolischen Kreise des Saargebietes eine neue Organisation gegründet haben, die vor allem die Aufgabe hat, vor der Saar-Abstimmung gegen die Rückgliederung des Saargebietes und für die Aufrechterhaltung des Status quo einzutreten. Auch die übrige Wiener Presse hat die Weisung erhalten, über die Saar-Frage nur Darstellungen zu veröffentlichen, die für Deutschland günstig sind. — Ob diese scheinliche Wendung in der österreichischen Außenpolitik auf die Besprechungen Schuschnigg's mit Mussolini oder gar auf die Anwesenheit deutscher Sonderbeauftragter in Wien zurückzuführen ist, läßt sich nicht beurteilen.

Oesterreich liefert grundsätzlich an Hitler-Deutschland aus. Auch die Auslieferungspraxis des von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg geleiteten Justizministeriums zeigt, daß die österreichische Regierung bemüht ist, den Wünschen der Berliner Regierung soweit als möglich entgegenzukommen. Das zeigen zwei Auslieferungsfälle, die sich in den letzten Wochen zugetragen haben.

Nach dem Bluttag vom 30. Juni ist ein Standardenführer der SA. nach Oesterreich geflüchtet. Die Reichsregierung verlangte seine Auslieferung unter dem bei SA-Kommandanten bequemen Vorwand, er hätte das Verbrechen der Unzucht wider die Natur (Päderastie) begangen. Der Flüchtling leugnete und erklärte, das sei nur ein Vorwand für seine politische Verfolgung. Ueberdies sei in zwischen eine Amnestie — nämlich der Uebernahme der Reichspräsidentenschaft durch Hitler — erfolgt. Auf eine Anfrage der österreichischen Regierung erwiderte Berlin, daß der Standardenführer zwar amnestiert worden wäre, aber daß er sich verpflichten müsse, sich fortzuerziehen zu lassen. Die österreichische Regierung erwiderte Berlin, daß der Standardenführer nunmehr die Frage, ob er der Entmannung zustimme. Als er mit Rücksicht darauf, daß er verheiratet sei, ablehnte, bewilligte das Justizministerium die Auslieferung und überstellte den Standardenführer nach Passau. Selbster hat man von ihm nichts mehr gehört.

Der zweite frasse Auslieferungsfall betrifft einen jüdischen Rechtsanwalt aus Berlin, der wegen der Judenverfolgungen nach Oesterreich geflüchtet war. Die deutsche Reichsregierung verlangte seine Auslieferung mit der Begründung, daß ein Verwandter des Rechtsanwalts eine Anklage wegen nicht ordnungsgemäßer Abrechnung bei einer Erbschaft erhebt. Bei einer Intervention jüdischer Anwälte im Justizministerium wurde darauf verwiesen, daß es sich nur um eine fingierte Anzeige handle und daß der Rechtsanwalt nur gesucht werde, weil er ein jüdischer Flüchtling sei. Der Referent im Justizministerium erwiderte darauf: „Auf diese Art könnten wir ja keinen Israelliten nach Deutschland ausliefern.“ Trotz der Intervention wurde der Rechtsanwalt von der österreichischen Regierung ausgeliefert.

Kein jüdischer Jur's-en-Nachwuchs

Berlin, 13. Dez. Die „Juristische Wochenschrift“ teilt mit: Die Zahl der Studenten der Rechtswissenschaft stieg von 3000 im Jahre 1871 auf 23000 1923-24. Sie fiel dann wieder auf 13700 im Jahre 1928-29. Der Neuzugang betrug im Sommersemester 1928 fast 5000, im Wintersemester 1928-29 nur noch 1158. Von den zuletzt gezählten 13109 inländischen Rechtsstudenten waren insoweit 8000 evangelisch, 4000 katholisch, 46 Juden. Im ersten Semester waren keine Juden mehr vorhanden.

BUNTE SPALTE

En fand ha' die meis'en Rundfunkhörer

Der englische Rundfunk hat im letzten Monat September zwar einen geringeren Zugang als im selben Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen, und zudem bleibt die Septemberzunahme wesentlich hinter der gleichen Zunahme des deutschen Rundfunks zurück. Trotzdem markiert England mit seinen 6473 000 Hörern am 1. Oktober immer noch an der Spitze der europäischen Rundfunkländer, dicht gefolgt von Deutschland mit 5574 000 Rundfunkanlagen. Im Lauf des Septembers liefen in England rund 285 000 Rundfunkgenehmigungen ab, dagegen wurden 420 000 neu ausgegeben, so daß sich insoweit ein Zuwachs von fast 44 000 Anlagen ergibt. Deutschland hatte in demselben Monat einen Zuwachs von fast 134 000. Wenn England und Deutschland auch die meisten Rundfunkhörer haben, werden sie in der Dichte der Rundfunkanlagen immer noch von Dänemark geschlagen.

„Kriechtanks“ für d'e englische Infanterie

Die englische Infanterie hat eine neue, höchst seltsame Angriffswaffe erhalten. Es ist eine Art von vereinfachtem, offenem Einmann-Tank, dem Aussehen nach ein niedriger gepanzerter Kästen auf Rädern. Er ist knapp zwei Meter lang, wenig als ein Meter breit und wenig über einen halben Meter hoch. Ein 4-P.S.-Motor verleiht dem Kriechtank, wie er offiziell genannt wird, der nur einen Mann als Besatzung aufnimmt, eine beträchtliche Geschwindigkeit. Der Kriechtank soll in einem zukünftigen Krieg der englischen Infanterie eine nicht erreichte Aktionskraft verleihen. Er wurde unter dem Eindruck der Erfahrung geschaffen, daß ganze angreifende Regimenter von wenigen Maschinengewehren abgewehrt werden können. Der primitive Einmann-Tank, der in Hunderttausenden von Exemplaren hergestellt werden soll, wird den Angreifer gegen die Maschinengewehrfeuer schützen. Infolge seiner geringen Höhe ist er ein bedeutend schlechteres Ziel als ein laufender Mann.

Auswandern, aber wohin?

Vor dem Kriege war das so: Man sparte auf das Jahrgeld oder bogate es bei einem wohlgekauften Dufel oder hübschereitenden Freunde, und dann ging es los, mit einem Kucksack voller Hoffnungen und dem festen Willen, seine Arbeit zu suchen. Daß sich keine Arbeit finden könnte, auf diesen Gedanken kam man gar nicht, gar wenn die Reise nach Uebersee ging. Paß- oder Einreisewierigkeiten gab es nicht, man wußte nicht einmal, wie so ein Paß ausseh. Es sei denn, man wollte nach Rußland. Aber wer wollte denn nach diesem Lande auswandern?

Heute ist es anders. Schon die Einreise in ein Land ist ein Problem. Da gibt es Paß- und Visumfragen, und nachher gilt es, die Aufenthaltsgenehmigung und — wenn man nicht als Rentner kommt — die Arbeitseignung zu erhalten. Und hat man alle diese Schwierigkeiten überwunden, hat man oft noch lange keine Existenz.

Da aber zu Hause Rot und Glend groh und bei den politischen Flüchtlingen — es gibt ihrer mehr als eine Million auf dieser Erde — noch größer ist, sucht jeder lieberhaft den ganzen Horizont ab, wo sich vielleicht ein Schimmer einer Existenz finden könnte. Und dann beginnt das Nachfragen bei den Konsulaten, Polizeidirektionen, Flüchtlingskomitees, die immer wieder dasselbe sagen müssen, und die meisten, die frühmorgens frohgemut über ihre Idee hinausgezogen sind, werfen sich am Abend wieder verzweifelt auf ihr Lager.

So geht es nicht nur den ärmsten Emigranten, jenen, die nicht einmal das Geld zu einer Reise besitzen — ihnen würde manches Komitee gern helfen, wenn es ein geeignetes Einwanderungsland wüßte — sondern auch die Bestzer einiger tausend Reichsmark sind den Besitzlosen nur darin — was allerdings sehr viel ist! — voran, daß sie noch nicht hungern müssen. Bei der Schaffung einer Existenz stehen auch sie meist vor unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Eine Besonderheit stellt bei den politischen Flüchtlingen auch der Unterschied in der Paßfrage dar. Wer keinen gültigen Paß besitzt — Interimpässe gelten nicht als reguläre Pässe —, muß überall mit größeren Schwierigkeiten, ja mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er Reisen, die ein anderer ohne jede Rücksicht antreten kann, überhaupt nicht genehmigt erhält, indem das Einreiseland seinen Paß zu visieren ablehnt oder die Visierung davon abhängig macht, daß das bisherige Aufenthaltsland die Rückkehr gestattet. Was durchaus nicht immer geschieht.

Die Unterschiede in bezug auf Paß, Geldmittel, Alter, Eignung, Vorbildung, Beziehungen bringen die vielen Variationen in den Flüchtlingsschicksalen hervor, die jeden Fall zu einem Sonderfall machen und ihn den Betroffenen auch so empfinden lassen. Umgekehrt erfordert infolgedessen die Verallgemeinerung jeder Nachricht, daß dieser oder jener da oder dort seine Existenz gefunden habe, Skepsis, so lange die Realitätsstände nicht erforscht sind. Denn hier gilt besonders der Satz: Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe!

Trotzdem soll keiner, darf keiner die Hoffnung aufgeben, daß auch ihm wieder ein besserer Tag aufgehen und er so die Zeit überwinden wird, bis in seiner Heimat wieder die Freiheit wohnt. Diesen Kämpfern unnötige Enttäuschungen zu ersparen, seien die Auswanderungsmöglichkeiten nach den wichtigsten europäischen Ländern auf Grund neuesten Materials kurz skizziert.

Albanien. Nur für selbständige Landwirte. Ausländische Ärzte und Zahnärzte werden nicht zugelassen.

Belgien. Keine Aufenthaltsgenehmigung für Stellen-suchende.

Bulgarien. Aufenthaltsgenehmigung nur, wenn für den Posten kein bulgarischer Staatsangehöriger in Frage kommt.

Dänemark. Aufenthaltserlaubnis für Fremde von sechs auf drei Monate herabgesetzt. Für Verlängerung besondere Genehmigung.

Finnland. Arbeitsbewilligungen werden nicht erteilt.

Frankreich. In der südfranzösischen Landwirtschaft herrscht starker Mangel an Arbeitskräften. Auch für selbständige Landwirte mit mindestens 15 000 RM. bestehen Aussichten. Auch Paß ist möglich. Jüdische Gesellschaften zur Ansied-

lung haben sich gebildet. An Ingenieuren kein Bedarf, wie überhaupt Arbeitsgenehmigung nicht zu erhalten ist. Für selbständige Kaufleute und Gewerbetreibende bestehen geringe gesetzliche Schwierigkeiten.

Griechenland. Lebenslohn 50 Prozent der deutschen. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis wird nicht erteilt.

Großbritannien. Einwanderung außerordentlich schwierig, wenn nicht Nachweis, daß Verwandte für den Unterhalt aufkommen oder Mittel zur Verfügung stehen. Eröffnung jeglicher Detailunternehmung wird abgelehnt. Für Ärzte, die in Deutschland schon approbiert waren, besteht Möglichkeit, auf dem Wege über beilehntes Examen in Edinburgh.

Holland. Aufenthaltsgenehmigung nur bei Besitz von 10 000 RM. Ein Drittel der Arbeiterschaft arbeitslos. Auch in Niederländisch-Indien keine Aussichten.

Island. Landwirtschaft aufnahmefähig für Leute mit kleinem Kapital. Klima milder als Stockholm. Einreisewierigkeiten gibt es nicht.

Italien. Aussichtslos. Arbeitsbewilligung an Ausländer wird nicht erteilt, ebensowenig Konzeption für Ladengeschäfte.

Jugoslawien. Zunehmende Arbeitslosigkeit. Arbeitsgenehmigung für akademische Berufe nicht zu erhalten. Viele Emigranten haben das Land wieder verlassen.

Lettland. Arbeitsgenehmigung wird nicht erteilt.

Luxemburg. Arbeitsgenehmigung wird nicht erteilt. Kaufleute und Handwerksmeister erhalten Niederlassungsgenehmigung erst nach zehnjährigem Aufenthalt im Lande.

Portugal. Reichsdeutsche mit Paß brauchen kein Visum, doch darf eine Stelle nur angenommen werden, wenn kein portugiesischer Arbeitsloser in Frage kommt.

Rumänien. Einwanderung grundsätzlich nicht gestattet; Einreise als Tourist möglich, doch bestehen Fremdenverkehrsverordnungen für den Aufenthalt.

Schweden. Erholt sich langsam. Landwirtschaft geht es schlecht. Für Ausländer keine Stelle, die Schweden ausfüllen können. Nur Knopfindustrie gesucht.

Schweiz. Keine Arbeitsmöglichkeit für Ausländer.

Spanien. Sicherer Zwang. Arbeitsgenehmigung erforderlich. Wird nur erteilt, wenn kein Spanier in Frage kommt. Auch für selbständige Kaufleute und qualifizierte Handwerker wird es immer schwieriger, obwohl Wirtschaftskrise in Spanien weniger drückend. Fremdenindustrie und Landwirtschaft auf den Balearen aussichtsreich. Das Land ist billig.

Türkei. Sichtvermerk wird auf reichsdeutschen Paß erteilt, ebenso Aufenthaltsgenehmigung, wenn nicht Gefahr, daß Gesuchsteller mittellos ist und türkischen Behörden zur Last fällt. Viele Berufe für Ausländer verboten. Schwere Wirtschaftskrise und große Arbeitslosigkeit. Aussichten für Fachleute mit Spezialkenntnisse. Es gibt keine Sozialgesetzgebung, aber 20prozentige Einkommenssteuer!

Ungarn. Für Einwanderung ungeeignet.

Jüdische Schiffsahrtlinie nach Pa'ästina

Unter dem Namen Palestine Shipping Co. Ltd. ist mit Unterstützung der Arnold Bernstein-Linie in Hamburg eine jüdische Schiffsahrtlinie mit dem Sitz in Haifa gegründet worden. Die erste Fahrt des 10 000 Tonnen umfassenden Schiffs „Tel Aviv“ beginnt am 20. Januar 1935. In Genoa wird am 13. Februar der Flaggenwechsel dieses Schiffes und die Uebernahme des Schiffes durch die Palestine Shipping Co. erfolgen. Der Dampfer wird regelmäßig zwischen Triest und Haifa zweimal monatlich verkehren. Er hat nur eine Einheitskabineklasse und ist für die Erfordernisse des allergrößten Komforts eingerichtet. Der fahrplanmäßige Verkehr wird am 13. März von Triest, am 21. März von Haifa aus aufgenommen. Die Dauer der Ueberfahrt beträgt fünf Tage.

zudem wird die gepanzerte Vorderfront auch dem stärksten Maschinengewehrfeuer Widerstand leisten. Der Soldat, der ausgestreckt auf der rollenden Plattform liegt, hat natürlich auch seinerseits die Möglichkeit zu feuern.

Um die Kampfkraft der künftigen „Kriechtank-Regimenter“ noch zu erhöhen, wird ein Teil der Tanks mit leichten Maschinengewehren ausgerüstet werden. Diese Tanks erhalten dann eine Besatzung von zwei Mann, von denen der eine das Maschinengewehr bedient und der andere das Fahrzeug lenkt. Während der Fahrt auf der Landstraße löst der Infanterist aufrecht in seinem Tank, und erst wenn er in das Angriffsgebiet kommt, verschwindet er hinter der Frontwand. Die seit Jahren im Ausland beisporgene Frage des Einmann-Tanks hat durch die englische Erfindung eine beachtenswerte Lösung gefunden. Wegen die Verwendung großer Tanks als Infanterie-Wirkwaffe waren schon immer schwerwiegende Einwendungen erhoben worden. Der schwere Tank ist ein hervorragendes Ziel für feindliche Abwehrschüsse, er ist verhältnismäßig schwerfällig und zum Transport größerer Truppenteile nicht geeignet.

Der offene Kriechtank dagegen würde der Infanterie eine bedeutend größere Beweglichkeit geben. Da er auch auf der Landstraße zu verwenden ist, könnte er auch als Transportmittel dienen.

Pol'sche Untreue

Der alte österreichische General Josef Karel, ehemals Adjutant des Kaisers Franz Joseph, strengte gegen seine Frau wegen „politischer Untreue“ einen Scheidungsprozess an. „Wir waren 35 Jahre verheiratet“, erklärte der General, „und meine Frau wußte genau, daß ich überzeugter Monarchist bin. Aber sie beschloß, dauernd das Bildnis des verstorbenen Kaisers Karl, das ich in meinem Hause in hohen Ehren halte. Doch das schlimmste ist, daß sie Nationalsozialistin geworden ist und häufig gegen meinen Willen die Versammlungen der Nazis besucht. Unter diesen Umständen werde ich in meinen Ueberzeugungen verlor, und ich fürchte, daß die österreichische Regierung mir mein Ruhestandsgehalt entzieht.“ Die Wiener Richter erkannten die Wohlgegründetheit der Klage des R. K. Erbadjuanten an und erklärten

die Ehe durch Verschulden von Frau Karel für geschieden. Es besteht nun keine Gefahr mehr, daß dem General seine Pension entzogen wird.

Mexiko kämpft gegen den Alkohol

Der Kampf, den die Regierung gegen den Alkohol führt, gewinnt, wie das Unterrichtsministerium im „El Maestro Rural“ mitteilt, immer größere Ausdehnung, aber seine Erfolge sind bei weitem noch nicht befriedigend, da die meisten Bewohner des Landes alten Gewohnheiten treu bleiben, die noch aus der vorrevolutionären Epoche stammen. So ist diese Frage für Mexiko erörtert als für die meisten anderen Länder. Im Jahre 1927 gab es noch 95 000 Unternehmungen, die alkoholische Getränke in kleinen Mengen abgaben, davon allein 4056 im Bereich der Bundeshauptstadt. Im Jahre 1928 erzeugte das Land 300 Millionen Liter alkoholischer Getränke, davon 185 Millionen Liter „Pulq“, 70 Millionen Liter Bier und 2 Millionen Liter Branntwein. Diese Kleinmenge Alkohol wurde restlos im Lande verbraucht. Wenn wir für jede Schule im Jahre 1934 fünf Anzeigen haben, so heißt es am Schluß, dann ist es nicht verwunderlich, daß unsere junge Generation einen so hohen Prozentfuß von entarteten Menschen aufweist.

Die Toten des Paradieses

Keuroft, 12. Dez. Nach den jüngsten Meldungen besteht jetzt über die Vorgänge auf den Galapagos-Inseln ziemlich Klarheit. Neben den Leichen von Vorenz und Angerernd wurde auch noch die Leiche des schwarzen Dieners der beiden Männer gefunden. Sie waren, wie Kapitän Allan Hancock mitteilt, von der Baronin Wagner von der Charles-Insel vertrieben worden und sind dann nach einer Irrfahrt auf der Marchena-Insel verduftet. Hancock gab weiter bekannt, daß Dr. Ritter am 21. November auf der Charles-Insel einem Herzschlag erlegen sei. Die Baronin Wagner sei seit dem 5. Juli mit einem ehemaligen Angestellten ihres früheren Pariser Modestations, namens Philippohn, von der Charles-Insel verschwunden.

Shakespeares „Heinrich IV.“

Zur Aufführung im Zürcher Schauspielhaus — von Josef Halperin

Was bedeutet uns Shakespeares „Heinrich IV.“ — die Historie, die bald dreiundeinhalb Jahrhunderte alt ist und vor einem halben Jahrtausend spielt? Sie spielt im Mittelalter, das heute eine ganz unerwünschte Aktualität erlangt hat. Man braucht da gar nicht auf die Gegenwart zu übertragen, nicht Beziehungen zu konstruieren. Man muß nur richtig auffassen, was um 1400 — das ist um die Mitte des hundertjährigen Krieges (1337—1453) — in England geschah.

„Gott weiß, mein Sohn, durch welche Nebenschliche und krumme Wege ich diese Kron' erlangt.“ bekennt Heinrich IV. Sein Vorgänger, der auch allerhand auf dem Kerbholz hatte, durchschaute ihn. Wir selbst, so sagt er (in Shakespeares „Richard II.“)

Sah'n sein Bewerben beim geringen Volk,
Wie er sich wolt' in ihre Herzen tauchen
Mit traulicher, demüt'ger Höflichkeit:
Was für Verehrung er an Knechte wegwarf,
Handwerker mit des Lächelns Kunst gewinnend...

Richard II hatte Heinrich Bolingbroke vom Hofe verbannt und des Landes verwiesen. Aber Bolingbroke kam wieder. Die Großen gingen zu ihm über. Richard mußte ihm die Macht abtreten und wurde im Turm zu London eingesperrt. Dort ließ ihn Bolingbroke, nun König Heinrich IV., umbringen. Richards Günstlinge wurden ermordet. Darauf wollte Heinrich IV. durch gute Werke dem lieben Gott gefällig sein.

Solches pflegte — jene Zeit verstand das nicht besser — durch die Abschächtung von Heiden im heiligen Land zu geschehen. Doch aus dem Kreuzzug wurde nichts. Owen Glendower trotzte in Wales, und die Schotten erhoben sich gegen den König. Sie wurden freilich von dem Grafen von Northumberland und seinem Sohn Percy, dem Heißsporn, geschlagen. Die Hälfte des Adels von Schottland geriet in Gefangenschaft. Aber gerade darüber kommt es zum Bruch zwischen den Siegern und dem König. Kriegsgefangene müssen Lösegeld zahlen. Der König braucht Geld und verlangt darum die Auslieferung der Gefangenen. Northumberland und Percy wollen ebenfalls Geld und verweigern die Auslieferung an den König. Die Sache ist eben die, daß die nobeln Herren, die dem Heinrich Bolingbroke zum Thron verholfen und dafür reich belohnt wurden, ihre Taschen noch mehr füllen und ihre Macht so vergrößern wollen, daß sie nicht von der Gunst des Königs, sondern der Königin von ihrer Gunst abhängt. Denn sie trauen diesem Heinrich ebenso wenig, wie er ihnen. So verbünden sie sich mit ihren gefangenen Feinden, den Schotten, und mit Owen Glendower von Wales. Im entscheidenden Augenblick tun jedoch Northumberland und Glendower nicht mit. In der Schlacht bei Shrewsbury fällt Percy, der Heißsporn. Der lose Prinz Heinz, der Thronfolger, bricht in langem Feldzug die Macht Glendowers. Northumberland läßt seine übrigen Verbündeten, den Erzbischof von York, Lord Mowbray und Lord Hastings, im Stich. Diese werden zu Friedensverhandlungen in einen Hinterhalt gelockt und als Hochverräter verhaftet. Der König stirbt, Prinz Heinz wird gekrönt.

Das ist die Staatsaktion, die politische Aktion. Sie zeigt den Kampf um die Macht, der damals nichts anderes war, als heute: Kampf ums Geld, Kampf um die Beute. Er wurde durch Bürgerkrieg und Raub, durch Mord und Verrat geführt. Während wir früher jene Zeit zu wild, jene Mittel zu plump fanden, so sehen wir heute, daß jene Zeit wiederkehrt ist, jene Mittel wieder verwendet werden. Bildung, Wissenschaft und Technik sind nebensächlich geworden. Die Zivilisation versinkt in wesenlosem Schein. Blut und Boden werden kraß sichtbar. Somit tritt an die Stelle des zwanzigsten das vierzehnte Jahrhundert. Wir brauchen uns nicht zurückzusetzen, nicht ins Mittelalter „einzufühlen“: Shakespeares Königsdramen sprechen so unmittelbar, als ob sie für uns geschrieben wären.

„Heinrich IV.“ gilt als das schönste der Königsdramen, wegen der leuchtenden Figur des Prinzen Heinz und besonders wegen Falstaff. Sind diese beiden Gestalten den andern Geschöpfen des großartigsten Gestalters der Weltliteratur wirklich so überlegen? Die dichterische Fülle — so kann man hören — sprengen den künstlerischen Rahmen. Eigentlich gingen in dem zweiteiligen „Heinrich IV.“, in diesem doppelten Fünfkakter, zwei Stücke neben- und durcheinander: das (Staats-)Schauspiel und die Falstaff-Komödie. Shakespeare habe ja überhaupt Ernst und Scherz gerne gemischt. Die tiefere Bedeutung stecke in dem unerschöpflichen Reichtum der menschlichen Natur, der da einmalig, ewig gültig gefaßt sei. Ein unsterbliches Drama, ohne geistiges Bild, ohne innere Einheit? Darin läge also das Geheimnis des Genies, daß es ein belangvolles, doch beziehungsloses Werk schafft? Nein, ganz und gar nicht.

Die Falstaff-Komödie übt die künstlerische Funktion des Spiegels aus. Der niedere Adel und das Volk spiegeln den hohen Adel und die regierende Schicht wieder. Gewissenlos, zuchtlos, eigennützig, verräterisch wie die Herrschenden ist Sir John Falstaff. Er betätigt die gleichen Instinkte, betreibt auf seine Weise das gleiche Handwerk wie die Oberen. Diese Übertragung der großen Verhältnisse auf die kleinen Verhältnisse macht die komische, die groteske Wirkung aus. Die Fürsten leben, indem sie die Untertanen ausdrücken. Falstaff und seine Kumpane leben, indem sie auf Straßeraub gehen. Die Fürsten wollen sich durch Krieg bereichern. Falstaff bereichert sich, indem er taugliche Rekruten gegen Bestechungsgeld für untauglich erklärt. Northumberland wählt den besseren Teil der Tapferkeit, indem er die Mitverschworenen im Stich läßt. Falstaff wählt den besseren Teil der Tapferkeit, indem er sich dem Kampf entzieht. Das wird in dem berühmten Monolog über die Ehre nihilistisch begründet:

„Ehre beseelt mich vorzudringen. Wenn aber Ehre mich beim Vordringen entseelt? wie dann? Kann Ehre ein Bein ansetzen? Nein. Oder einen Arm? Nein. Oder den Schmerz einer Wunde stillen? Nein. Ehre versteht sich also nicht auf die Chirurgie? Nein. Was ist Ehre? Ein Wort. Was steckt in dem Wort Ehre? Was ist diese Ehre? Luft. Eine feine Rechnung. — Wer hat sie? Er, der vergangenen Mittwoch starb: fühlt er sie? Nein. Hört er sie? Nein. Ist sie also nicht fühlbar? Für die Toten nicht. Aber lebt sie nicht etwa mit den Lebenden? Nein. Warum nicht? Die Verleumdung gibt es nicht zu. Ich mag sie also nicht. — Ehre ist nichts als ein gemalter Schilddarm beim Leichenzuge, und so endigt mein Katechismus.“

Die Spiegelung ergibt also die einmalige Perspektive, die „Heinrich IV.“ als etwas Besonderes in der Reihe der Königsdramen erscheinen läßt. Dank der Spiegelung tritt die Plastik des Bildes stärker hervor und wird die Bedeutung des Bildes klarer. Durch die Spiegelung wird die Gesellschaft kritisiert. Die Historie wird zur Gesellschaftskritik. Was in dem geschichtlichen Schauspiel vorgeht, das war für Shakespeares Generation keineswegs veraltet. Dem zeitgenössischen Publikum des Dichters mußte sich die Beziehung zur Vergangenheit aufdrängen. In der Person der Königin lebte ja jene blutige Tradition fort. Elisabeth war eine Tochter der Anna Boleyn, die ihr Gemahl, Heinrich VIII., hatte hinrichten lassen. Sein Nachfolger, Eduard VI., kam als Knabe auf den Thron und starb sechszehnjährig. Für ihn regierte der Onkel Hertford, Herzog von Somerset, als Reichsprotector. Ein anderer Onkel, der Bruder Somersets, Großadmiral Thomas Seymour, suchte den kleinen König mit Taschengeld zu bestechen, machte mit Piraten gemeinsame Sache, intrigierte gegen den Reichsprotector, wurde abgesetzt und hingerichtet. Auch Somerset wurde abgesetzt, in den Turm (Tower) gesteckt und von Warwick, dem neuen Protector, der Verschwörung bezichtigt. Die Verschwörung war fingiert, aber Somerset wurde hingerichtet. Warwick ernannte sich zum Herzog von Northumberland, wollte mittels des von ihm diktierten und dann erst noch gefälschten Testaments Eduards den Thron für seinen Sohn erschleichen, machte einen Putsch, der mißlang, und endete auf dem Schafott. Shakespeare konnte diese Dinge von seinem Vater erfahren, der sie miterlebt hatte. In Shakespeares Kindheit fiel der Schauerroman der liebsten Mary, Königin von Schottland. Shakespeare zählte dreißigjährige Jahre, als Mary Stuart hingerichtet wurde. Verschwörungen gegen die Königin Elisabeth waren häufig.

Shakespeare schrieb die Königsdramen zu der Zeit, da die alternde Königin sich junge Liebhaber hielt, die sie mit Ehren und Reichtümern überhäufte. Er spielte am Hofe Elisabeths und ihres Nachfolgers Jakob I. Dieser, der Sohn Mary Stuarts, begünstigte ebenfalls hübsche junge Männer. Mit den Königsdramen griff also Shakespeare in eine Vergangenheit, die höchst aktuell anmutete. Indem er eine frühere Gesellschaft abbildete, kritisierte er die zeitgenössische. Das darf man sich heute vor Augen halten, da die Stützen der bürgerlichen Gesellschaft kritische Zeitstücke ablehnen, und Monopolpatrioten mit Tränengasbomben dagegen kämpfen. (Der Monolog über die Ehre würde einem modernen Dramatiker den Ruf des „Kultur bolschewisten“ eintragen.) Shakespeare war sich bewußt, daß er mit „Heinrich IV.“ viel gewagt hatte. Nicht umsonst bat er im Epilog um Verzeihung.

Shakespeares Königsdramen sind eine Folge von Fresken. Das strahlendste in der Reihe ist „Heinrich IV.“. In diesem Stück konzentriert sich die Freskenfolge: Heldisches und Niederträchtiges, Mut und Feigheit, Ungestüm und Vorsicht, Verschlagenheit, Prahlucht, Liebe und Haß, Würde und Schamlosigkeit. Betrachtet man vom Hauptstück aus die ganze Reihe, so umspannt der Blick zugleich eine dunkle Vergangenheit und die dunkle Gegenwart.

Heinrich IV. ist der Usurpator mit dem schlechten Gewissen und der steten Sehnsucht nach der Legalität. Die Kumpane, die ihm zur Macht verholfen, mißtrauen einander. Keiner traut dem andern, der Vater nicht einmal dem Sohne. Neid, Machtgier, Tücke, Verrat, Konspirationen kennzeichnen diese angefaulte Gesellschaft. Dunkle Vergangenheit, dunkle Gegenwart.

Die interessante Inszenierung Gustav Hartungs im Zürcher Schauspielhaus regte zu diesen Notizen an. Den Dank für die glanzvolle Leistung (mit dem herrlichen Bühnenbild von Theo Otto) würde eine Debatte über den Aufführungsstil nicht beeinträchtigen. Es genüge hier die Feststellung, daß von den Spielern am reinsten, am stärksten Heinrich Gretler war. Er gestaltete den Falstaff ebenso differenziert wie gezügelt und erreichte so die große Linie des Werks, die hier nachzeichnen versucht wurde.

Rassereinet Skat

Der Ausbau der Volksgemeinschaft macht riesige Fortschritte, wie die letzten Verhandlungen des Skatverbandes, Sitz Altenburg, die vor einigen Tagen in Altenburg abgehalten wurden, zeigen. Nachdem beschlossen worden war, den nächsten Skatkongreß wegen Mangel an Mitteln auf 1936 zu verschieben, wurde ein Beschluß gefaßt nach dem Schritte zu unternehmen sind, um das volksfeindliche „contra“ und „re“ aus dem Skatspiel auszumerzen, um das Spiel von allem unreinem Beiwerk zu reinigen.

Warum so zaghaft? Warum beschließt der Skatverband nicht überhaupt, da jeder Gewinner und Verlierer die doppelte Summe des abendlichen Umsatzes der NS-Volkswohlfahrt zur Verfügung zu stellen hat? Man ist doch sonst nicht so?

Braune Mimikry

Herr Goebbels spricht:

Reichsbefehl! Wir sind die dicken
Freunde aller Bolschewiken,
Weil's der Führer will!
Zeitungsschreiber, nicht bedrückt sein,
Auf Befehl müßt ihr entzückt sein!
Das ist deutscher Drill!

Was ihr gestern noch verflucht habt
Und als Teufelsspuk gebucht habt,
Ist heut' Religion.
Alle Bücher, die's verdammt,
Sind beschlagnahmt insgesamt.
Heil dem Sowjetsohn!

Ja, bei uns sind Haß und Liebe,
Alle Lust- und Unlusttriebe
Straff organisiert!
Sagt dem, der noch gestern Feind war,
Daß es nicht so böß gemeint war,
Und der Band mitschneit!

Horatio

Der weiße Fleck

Wer etwa meint, daß in Deutschland nun bald „gereinigt“, geschnüffelt, regiert und katalogisiert worden sei, wer da meint, daß es bald keine einzige Großmutter mehr aus der Grabesruhe zu scheuchen gebe, der irrt sich. Den Rassisten erscheinen die Ahnenreihen noch lange nicht stramm genug ausgerichtet, die Stammbäume noch lange nicht genug gedüngt, jetzt soll der Spaß erst richtig losgehen. Jetzt sollen die Standesämter zu Sippenämtern erweitert werden, und wehe dem Unglücklichen, der nicht alle Altvorderen vollzählig beisammen hat, sein künftiges Ehegespons wird in milder, aber bestimmter Form vor ihm gewarnt werden. Denn — so schrieb der Oberzuchtmeister der eben im Werden begriffenen Sippenämter, Dr. Achim Gercke, den deutschen Zeitungen:

„Das Sippenamt soll sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß es nicht auf einen einzelnen ankommt, sondern, daß es immer ankommt auf das Verhältnis zu seiner Sippe, auf sein Verhältnis zu seiner Rasse, seinem Volke.“

Und er fügt für die Begriffsstufigen hinzu, die den Großmutterkomplex schon halbwegs bereinigt glaubten,

„Man kann schon erkennen, welche Aufgaben das ganze Sippenamt hat, wenn die Erbbiologen dazu kommen werden, das Volk durchzusichten, um die Minderwertigen von den Erbtüchtigen zu scheiden.“

Das klingt vielversprechend! Achim meint aber, die ganze Einrichtung komme reichlich spät. Wenn etwa die antidisziplinären Urzeitmenschen sich schon eine wohlgeordnete Sippenkartothek aus Mammutknochen zugelegt hätten, — wie vielen könnten wir heute wieder ihren Erzeuger nennen, ihnen den Namen ihrer Großväter angeben, damit sie eine Ahnentafel haben und sich nicht zu schämen brauchen, daß in der Ahnentafel ein weißer Fleck ist.“

Ein „weißer Fleck“! Da haben wir! Endlich kommt zum „gelben Fleck“, unter dem die Juden leiden, auch noch der „weiße Fleck“, der selbst den von sich überzeugtesten Nationalsozialisten und Ariern zustoßen kann.

Wer vor die Schranken des Sippenamtes tritt, muß vorher alle Ahnenknochen sorgfältig nummerieren, sonst schwimmt ihm die Braut mitsamt der Erbtüchtigkeit davon. „Wat, Mensch — heiraten wolln se? Sie ham ja zwei weiße Flecke mütterlicherseits — bei Ihnen piepts woll? Schaffen Se erst mal Ihre Ahnentafel in die Reinigung!“

Gewinnen wird bei der ganzen Neugründung in erster Linie Achim Gercke, der künftige Leiter, denn ein fetterer, sozusagen zukunftsfruchtigerer Posten ist lange nicht geschaffen worden.

Wacum muß'e „Lore“ sterben?

Der Inspektor des Erziehungs- und Bildungswesens im Deutschen Arbeitsdienst, Dr. Decker, bezeichnet in der Führerzeitung des Deutschen Arbeitsdienstes das Singen als eine der größten Realitäten der staatspolitischen Erziehung. Auch hier gehe der Arbeitsdienst neue, eigene Wege. Sein Ideal sei nicht der Kunstgesang, sondern das Gemeinschaftslied, das Volkslied im besten Sinne. Es sei erstaunlich, wie gut die Arbeitsmänner singen könnten, aber es sei erschütternd, wie wenig Lieder sie konnten. Die „Lore“ sei Gott sei Dank tot. Man müsse allerdings feststellen, daß die Jugend die „Lore“ gern gesungen habe, während sie Lieder, die statt ihrer empfohlen worden seien, nicht gern gesungen habe. Hier sei eine Lücke auszufüllen. Man brauchte Lieder, die nicht kitschig seien und doch in den Herzen aller lebten.

Eine schwierige Aufgabe. Für den braunen Liederbedarf kommt nur zweierlei in Betracht: Blut und Herz. Ihre Synthese hat im „dritten Reich“ die Neigung, Kitsch zu werden. Das kann kein Inspektor ausrufen.

Sonniges Gemüt

Der früher einmal geachtete Publizist Hermann Claudius, der sich so gerne Dichter nennen hört, hat sich bekanntlich seinerzeit eiligst gleichgeschaltet. Er veröffentlichte in diesen Tagen im Feuilleton deutscher Zeitungen eine Sonnenstrahlenerzählung, die folgendermaßen beginnt:

„Ich habe mit gefangenen Vögeln immer viel Mitleid gehabt!“

Dafür hat es dem Gesinnungsakrobaten Claudius immer an Mitleid mit gefangenen Kollegen gefehlt. Sonst hätte er sich nämlich nicht gleichgeschaltet.

„Preußischer Kommiß“

Soldatengeschichten / von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der braunen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeitersverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweideutigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vorzug geleistet hatte.

Dann rutschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenbergs und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildester Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verleugnet, weil es die denkbar schärfste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einige Kapitel aus dem Buche August Winnig vorzulegen.

Auf Festung

8. Fortsetzung

Damit für heute genug! Ich bin von tiefer Dankbarkeit gegen Dich erfüllt und denke oft an Dich. Im vorigen Monat habe ich einen kleinen Beitrag für die sozialdemokratische Parteikasse gesendet, diesmal werde ich's nicht können, denn ich hatte eine Menge anderer Ausgaben. Doch das nur nebenbei, damit Du siehst, daß ich ein gutes Gedächtnis habe. — Im Westen verglüht der Sonnenball in wunderschönem Farbenspiel und im Osten zieht die Nacht herauf. Bei Dir ist es schon dunkel und in der Bastion brennen schon die vergitterten Lampen. Doch durch den dämmrigen Abend sende ich Dir Grüße eines Glücklichen, und hebe mein Glas.

Auf immer

Dein Theobald Knüpfer.

P. S. Ich male jetzt ein Bild von der Bastion, wie sie am Abend, als ich Abschied nahm, im Dunst lag, klotzig und starr, und der Turm wie der dumpf dräuende Finger eines Barbaren der Unterwelt in die trübe Luft gereckt. Es ist für Dich!

Das war das einzige, was ich je wieder von Knüpfer sah und hörte.

Das Reservebild

Schon in den ersten Tagen des letzten Dienstjahres bereitet man sich auf die Entlassung vor. Der Drang nach Freiheit, die Sehnsucht, aus dem ewigen Zwange wieder herauszukommen, ist so stark, daß die Gedankenwelt des Soldaten vollständig davon erfüllt ist. Es gibt keine Unterhaltung in der Kantine, in der Wartecelle auf den Schießständen, auf dem Marsche, in die nicht das Wort „Reserve“ mit hineinspielt. Für den Zivilisten ist das ein ziemlich inhaltloser Begriff, dem Soldaten aber bedeutet das Wort Freiheit, Menschentum, Glück. Wenn er ins Heer eintritt, liegt das Ideal, das die drei Silben umschließen, von mildem Glanze umflossen in weiter Ferne. Aber jeder Tag bringt es ihm näher und immer heller, feuriger wird sein Schein, immer stärker des Soldaten Sehnsucht nach dem Ziel, das das Zauberwort verheißt. Es liegt darum ein starkes und

Wer niemals Soldat ist gewesen,
Das Leben auch nicht kennt,
Der kann sich gar nicht denken,
Was man „Reserve“ nennt.

Zu den ersten Vorbereitungen, die man im Hinblick auf die Entlassung zur Reserve trifft, gehört die Geldsammlung für das unentbehrliche „Reservebild“. Ich will von den „patriotischen“ Arabesken auf diesen Bildern nicht reden — sie sind zum größten Teil konventionelle Lüge; aber so ein Bild gehört zur Reserve. Es ist die beste Erinnerung an die Freundschaften, die man einmal geschlossen hatte, geschlossen hatte zum gegenseitigen Schutz und zum solidarischen Trutz den vielgestaltigen feindlichen Mächten gegenüber.

Da das Vertrauensamt des Einsammlers der Sparbeiträge herkömmlicherweise dem Kompagnieschreiber übertragen wird, so wurde ich dazu erkürt. Schon von Anfang an bestand zwischen einigen von uns die Verabredung, es so einzurichten, daß die Chargierten, also Unteroffiziere und Offiziere, nicht mit auf das Bild kämen. „Was“, meinten einige, „so ein Bild soll ich bezahlen und in der Stube dulden, wo diese Burschen drauf sind, die mich gebißt und mißhandelt haben?! Nein, dann will ich lieber gar keins!“ Wir sagten uns aber auch, das er für uns sehr gefährlich werden könnte, wenn wir den Vorsatz ausführten, die Vorgesetzten mußten das als einen absichtlichen Schimpf betrachten, und daß sie den nicht so ruhig hinnehmen würden, war von vornherein gewiß. Es war auch noch anderer Umstand da, der unsere Absicht als besonders gefährlich erscheinen ließ.

Der eine war der, daß unser „Alter“ dicht vor dem Major stand und somit jedenfalls besonderen Wert darauf legte, ein Bild vom letzten Jahrgang seiner Kompagnie zu haben. Dieser Wunsch mußte noch dadurch verstärkt werden, daß wir das sogenannte Kaiserabzeichen auf den Ärmeln unserer Röcke trugen. So ganz harmlos war also unser Unterfangen nicht; denn wenn wir es ausführten, so mußte es dem „Alten“ spätestens vor dem Ausrücken zum Regiments- und Brigadeexerzieren bekannt werden, und dann hatte er immer noch fast ein Vierteljahr Zeit, seine Wut an uns auszulassen. Und ihn zu reizen, hatten wir wahrlich wenig Ursache. Nein, sicherlich nicht!

Darum fanden wir mit unserem Plan auch recht wenig Zustimmung. Die Furcht regierte, und nur wenn wir beim

Becher saßen, wo das Gemüt kühnen Plänen zugänglicher war, konnten wir Proselyten machen. Aber trotzdem war es uns gelungen, so nach und nach ungefähr drei Viertel der Mannschaft für uns zu gewinnen. Der Rest bestand aus hoffnungslosen Angstmeiern und aus patriotischen Kretins.

Allgemach war die Zeit herangekommen, wo die Bilder aufgenommen werden mußten. Der Feldwebel hatte mich schon einige Male gefragt, wann die Sache eigentlich vor sich gehen würde; er müsse dem Hauptmann früh genug Bescheid sagen. Er fragte auch, wer denn das Bild anfertigen solle. Von den Truppteilen wurde nämlich ein Fotograf protegiert, der den eifrigen Haktisten mimte. Diesen Burschen wollten wir natürlich nicht. Wir hatten uns einen biederen Polen auszersehen, der natürlich von allen „Gutgesinnten“ wie die Pest gemieden wurde. Als ich dem Feldwebel seinen Namen nannte, schüttelte er mißbilligend den Kopf.

„Das wird dem Hauptmann nicht passen“, meinte er.

„Unser Fotograf ist aber weniger treu und liefert bessere Bilder“, erwiderte ich.

Damit war die Sache zunächst erledigt. Wir bemühten uns, die Aufnahme so weit wie möglich hinauszuschieben, aber endlich mußten wir doch an die Ausführung gehen.

Es geschah dies an einem Sonntag Nachmittag. Wir hatten die Sache recht geheim gehalten und glaubten auch, um diese Zeit, wo die Unteroffiziere fast alle ausgegangen waren, ziemlich sicher zu sein. Aber es kam anders. Als wir die Tische und Schemel auf den Kasernenhof hinaus schafften, wurde rings alles lebendig. Wie Flugfener war es durch die Stuben gerufen: Die „Fünfte“ läßt sich ohne Chargen fotografieren! Das war unerbört, noch nie dagesehen im Regiment! Es fanden sich viele Neugierige ein, um unseren Mut zu bewundern, aber man hörte auch schon manche düstere Prophezeiung laut werden. Das focht uns aber zunächst gar nicht an. Ich nahm breitspurig den Platz in der Mitte der Gruppe ein, wo auf anderen Bildern der Kompagniechef placiert zu werden pflegte. Jeder, der schon einmal „Kasten“ gehabt hatte klappte die Feldmütze nach links; das ist nämlich das schöne Vorrecht aller „Philipp“, auf den offiziellen Bildern aber streng verboten. Die unbehaglichen Ahnungen, die sich nachher einstellten, suchten wir in der Kantine zu vertreiben.

Am anderen Morgen war kleiner Dienst auf der Esplanade. An solchen Tagen brauchte ich nicht einzutreten, sondern konnte in der Schreibstube herumlungern. Als ich mit dem Feldwebel zusammentraf, warf er mir einen unsicheren Blick zu. Direkt wütend konnte er nicht werden, weil er ein ziemlich ungeschickter Mensch war und meine Hilfe nicht entbehren konnte. Er fuhr einige Male brummend um mich herum:

„Sie haben sich wieder eine schöne Suppe angerührt“, sagte er endlich.

„Durch unser Bild?“ fragte ich.

„Ja natürlich! Im ganzen Regiment ist man empört darüber! Und sie haben die Hauptrolle dabei gespielt, sagt der Feldwebel der Ersten.“

„Ich habe nicht mehr dabei getan wie die andern auch. Einige wollten überhaupt kein Bild und da haben wir ein kleines Gruppenbild aufnehmen lassen, um wenigstens etwas als Erinnerung mitzunehmen.“

„Ein kleines Gruppenbild! Ich danke, Sie haben doch Tische und Schemel dabei draußen gehabt!“

„Ja, das haben wir wohl, aber es ist doch bloß ein Gruppenbild.“

„Na, Sie werden es vor dem Hauptmann zu verantworten haben.“

Er hatte Recht. Schneller als ich selbst befürchtet hatte, kam es „zum Klappen“. Kaum war unsere Unterhaltung beendet, da erschien ein Bote von der Esplanade mit dem Befehl vom Herrn Hauptmann, ich solle sofort zum Dienst antreten.

Wie ein armer Sünder nahte ich mich dem Hauptmann, der als zürnender Jupiter hoch zu Roß vor der Kompanie wartete. Sein Blick sagte selten was Gutes, aber diesmal verkündete er doppeltes Unheil. Als ich die halbe Front entlang ging, suchte ich in den Mienen der Mitsünder die Stim-

Die Sorgen des Reichen sind nicht die notwendigen Folgen seiner Lebensstellung, sondern fallen einem Mißbrauche derselben zur Last.

Die Sorgen des Armen sind dagegen die Folgen seiner Verhältnisse, der Härte seines Schicksals, welches schwer auf ihm lastet.

Jean Jacques Rousseau

mung zu erforschen. Unsere Geschichte mußte schlecht stehn. Niedergeschlagenheit überall. Nur die ganz Frechen wagten ein verstohlenes Augenzwinkern.

„Junge, Junge, der hat auf dich geladen!“ flüsterte mir Seele zu. „Aber man nicht hänge!“

„Zum Dienst!“ meldete ich mit so knallendem Zusammen schlagen der Stiefelabsätze, daß ich eine kleinere Mißstimmung sicher damit wegblasen hätte. Diesmal verpuffte der herrliche Klang ohne jede Wirkung.

Der Hauptmann musterte mich mit grimmigem Blick.

„Warum haben Sie Ihr Koppelschloß nicht gepuht?“

„Weil mich der Herr Feldwebel gestern zur Schreibstube kommandierte hatte.“

„Ich werde Sie schon beschreiben! Sie Dreckfink! Denken Sie, daß ich mir solche Lüderlichkeit von Ihnen bieten lasse? Solche Frechheit! Denkt der Kerl, er ist Kompagnieschreiber und kann darum wie eine Sau zum Dienst kommen! Ich werde es Ihnen zeigen! Sie treten jetzt ständig zu jedem Dienst mit ein!“

„Zu Befehl!“ Ich machte Kehrt und wollte an meinen Platz treten.

„Hierher der Kerl!“ schrie der Alte.

Ich ging zurück, unterließ aber, weil es ja doch zwecklos war, jeden Aufwand von Energie.

„Sie haben sich gestern fotografieren lassen?“

„Jawohl!“

„Was hatten Sie für Absichten dabei, daß Sie die Vorgesetzten nicht baten, daran teilzunehmen?“

Ich wiederholte meine Ausrede von vorn. Obwohl ich, wie immer diesem tobsüchtigen Sadisten gegenüber, fest und kurz sprach, machten meine Worte gar keinen Eindruck auf ihn. Er schlug eine grimmige Lache an und sagte dann halb zu mir, halb zur Kompanie:

„Dieser Kerl hat mich nun bis jetzt über seine hunds-föttische Gesinnung hinweggetäuscht. Stets hat er die Unschuld markiert und noch bei seiner Affäre vor dem Kriegsgericht habe ich ein Wort für ihn eingelegt, sonst säße das Subjekt heute auf der Arbeiterabteilung, wo er auch eigentlich hingehört. Jetzt ist es aber offenbar geworden, was in ihm steckt. Ich habe leider damals nichts darauf gegeben, als er vor der Behörde als ein Kerl mit schlechter Gesinnung überwiesen wurde, sonst hätte ich ihn anders geduldet. Dann hättest Du Aas mich nicht bedimpelt! Mal alle vortreten, die mit auf dem Bilde sind!“

Drei Viertel des älteren Jahrganges traten vor. Es waren nun zwar nicht alles Leute, die wie ich mit einem ungünstigen Visum überwiesen waren, aber die „Gezeichneten“ waren selbstverständlich sämtlich dabei. Das steigerte die Wut unseres Alten noch mehr.

„Ha!“ rief er mit rasender Fröhlichkeit, „als ob man von dieser Gesellschaft etwas anderes erwarten könnte! Aber denkt nur nicht, daß ich mich darüber ärgere; ich bin Euch eigentlich dankbar dafür, daß Ihr mich davor bewahrt habt, mich mit solch notorischer Schweinebande fotografieren zu lassen! Jawohl! Das wäre mein Lebenskummer geworden, wenn ich mir sagen müßte, in der und der Kaschemme hängt ein Bild von dir! Aber etwas versalzen will ich Euch doch die Reservistenfreude; Ihr sollt wenigstens noch eine Erinnerung an mich mit dem Bilde nach Eurem Mißhaufen nehmen. Also von heute an treten diese Kerle, die jetzt sofort aufgeschrieben werden, damit sich nicht einer von ihnen drückt, nach jedem Vormittagsdienst zu einem besonderen Exerzieren an. Das soll das Reservistenexerzieren heißen. Die Herren — wendete er sich an die Offiziere — lösen sich mit den Feldwebeln dabei ab. Auch bei den Unteroffizieren machen wir die Geschichte im Turnus, damit immer mit frischer Kraft gearbeitet wird. Und damit es nicht wieder bei der allgemeinen Bummelei ins Vergessen kommt, befehle ich ausdrücklich, daß das Exerzieren erst dann eingestellt wird, wenn ich es anordne. Selbst wenn ich einmal nicht daran denken sollte, bitte ich mir aus, daß trotzdem exerziert wird; ich werde aber daran denken, verlaßt Euch darauf, Ihr Herren Reservisten! Eintreten die Bande!“

Als der Dienst eine Weile weiter gegangen war — der Alte hatte mich dabei fortwährend im Auge gehabt — mochte ihm etwas eingefallen sein; er rief mich noch einmal zu sich.

„Welcher Fotograf hat die Aufnahme gemacht?“

Ich nannte den Namen, er endete auf sky.

„Natürlich! Wer konnte es anders sein!“

„Herr Hauptmann —“

„Halten Sie den Mund! Ich habe Sie nicht gefragt!“

Nun folgte ein neuer Ausbruch. Mit allen Schimpfwörtern, die er kannte, und es waren nicht wenig, überschüttete er mich. Der Fotograf war eine „polnische Großfresse“, die auf Leute von meiner Gesinnung natürlich eine große Anziehungskraft ausübe. Nur der unerklärlichen Langmut seiner Majestät sei es zuzuschreiben, daß sich solches Volk noch in Deutschland offen zeigen dürfe. Mir stellte er schließlich die Arbeiterabteilung in Aussicht. Das war aber eine Drohung, an die ich mich längst gewöhnt hatte, und die darum ihre Wirkung ganz verfehlte. Ich ließ ihn austoben und wandte dabei kein Auge von ihm; die beste Waffe für mich; denn ich wollte lange, daß er das bei all seiner plumpen und geräuschvollen Grobheit nicht lange aushalten konnte, ohne ins Stottern zu kommen. Sie wirkte auch diesmal. Bald mißbilligten ihm seine Perioden, er wollte sie verbessern, verhedderte sich dabei noch heillos und endete in einem zusammenhanglosen Gequassel. Dann jagte er mich in die Front zurück. Wir hatten natürlich dadurch nichts gewonnen.

Nachdem der angesetzte Dienst vorbei war, rückte die Kompanie ein, und nur die „Reservisten“, wie wir jetzt von dem ganzen Regiment genannt wurden, blieben zurück, um gleich das erste Rennen zu machen.

Hitler hat „Mein Kampf“ vergessen

Paris, 12. Dezember.

Der Abg. Jean Gou hat als Vorsitzender des Nationalverbandes der Frontkämpfer auf Aufforderung der „Neuen Friedensschule“ in Marseille vor einer großen Zuhörer- menge über seine Unterredung mit Adolf Hitler gesprochen. Gou erklärte einleitend, daß diese Besprechung der End- punkt der vor etwa 12 Jahren begonnenen Besprechungen zwischen ehemaligen Frontkämpfern war. Ein förmlicher Herr, denn die Verhandlungen vor 12 Jahren sind mit pazifistischen Republikanern begonnen worden. Und wer ist jetzt der Partner? Der Verfasser des friedens- beverleichen und franzosenfeindlichen „Mein Kampf“.

Gou erzählt: Rudolf Heß habe bereits im Juli das Pro- bleum der Unterredungen zwischen Frontkämpfern der gegen- wärtigen Länder behandelt. Zwei Monate später sei der Vor- sitzende des nationalsozialistischen Frontkämpferverbandes in Paris mit dem Präsidenten der Union Fédérale, Pichot, zu- sammengetroffen. Er, Gou, habe damals verlangt, daß die- se Besprechungen fortgesetzt werden, jedoch die Bedingung gestellt.

Daß Adolf Hitler in einer privaten Unterredung seine An- läufe gegenüber Frankreich zum Ausdruck bringe, ohne der deutschen Presse irgendeine Erklärung abzugeben. Er, der Redner, wolle allein darüber befinden, was in Frank- reich zu sagen sei. Alle diese Bedingungen seien an- genommen worden.

Darauf kam der Redner zur Schilderung der Unterredung mit Hitler und führte darüber aus: „Zuerst sagte Hitler:

Vergessen Sie, daß ich der Herr Deutschlands bin. Ich bin nur ein deutscher Frontkämpfer, der zu den französischen Frontkämpfern spricht. Wir wissen auf beiden Seiten, was wir wert sind.“

Auf eine Frage Gous führte Hitler weiter aus: „Das Buch „Mein Kampf“ ist über 12 Jahre alt. Sie standen damals im Ruhrgebiet. Ich hatte auf die Wünsche des durch die wachsenden Fortschritte des Kommunismus be- unruhigten Deutschlands zu antworten. Jetzt bin ich auf den Frieden eingestellt.“

Das Saarproblem ist angeschlossen. In einem Streifen von 40 Kilometer Tiefe jenseits der Grenze habe ich alle Ansam- lungen der SA verboten.“

Hiernach war Elsass-Lothringen die Rede. Diesbezüglich sagte Hitler: „Glauben Sie, daß es sich lohnt, etwa die Kämpfe um Länder zu erneuern, welche den beiden Völkern nur Schwierigkeiten bereitet haben?“

Im gleichen Tone sprach Hitler von dem Danziger Korridor. 800 000 Deutsche bewohnen ihn, sagte er. Ist es nötig, 2 Millionen Kämpfer zu opfern, um sie zurückzu- gewinnen? Sowohl bei uns wie bei Euch wollen die Front- kämpfer den Frieden. Verdrückt wäre derjenige, welcher einen Grenzstreifen um einige Meter verlernen wollte.“

Welch ein Ueberpositiv, dieser Hitler, der so nebenbei Deutschland hochrühmt!

Wann wird „Mein Kampf“ aus allen Schulen entfernt? Wann wird es als staatsfeindlich öffentlich in Klammern aufgehen?

Der abgeblitzte Stellvertreter des Führers

Die Wilhelms raße und Hitlers Geschäftsreisende

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 13. Dezember.

Das große Ereignis des Tages ist die Verschiebung des Besuchs, den Hitler's erster Mitarbeiter, der „Stellvertreter“ des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, den fran- zösischen Frontkämpfern“ abstrahlen wollte. Die „Deutsche Freiheit“ konnte gestern bereits die Gründe darlegen, die zu der überraschenden Maßnahme geführt haben. Nun geht die Berliner Darstellung dahin, als ob die Wilhelmstraße, d. h. das Auswärtige Amt von sich aus gewünscht hätte, daß die Reise vorläufig unterbleibe. Das wird damit begründet, daß im Augenblick die Situation für Deutschlands Förderung nach Rüstungsgleichheit nicht günstig sei. Frankreichs Stellung sei durch seine Erfolge in Genf gegenwärtig sehr stark. Tatsächlich aber hat die Wilhelmstraße einen recht deutlichen Wink aus Paris erhalten, daß man dort zu Sonderverhand- lungen im Augenblicke keine Rechnung habe.

Die Schuld daran trägt Berlin selbst. Als Herr von Ribbentrop in Paris war, haben sich die braunen Herren und ihre allzu gefällige Presse bemüht, den Anschein zu er- wecken, als sei man mitten in Verhandlungen, durch die Deutschland im Osten freies Spiel bekäme. Die Folge davon war der Abschluß des französisch-sowjetischen Genfer Abkommens vom 3. Dezember, durch das sich die beiden Kontrahenten gegen die braunen Intrigen sicherten. Heute sind die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien in ein sehr aktives Stadium geraten. Hitler- deutschland könnte dabei nur hörend wirken. Darum winkt man ab, nicht gleich ganz grob. Nein! Die für Ende Dezember nach Berlin geladenen französischen Frontkämpfer sagen nur ganz harmlos: „Bitte, später rufen — nach der Saar- abstim- mung!“ Rudolf Heß wollte ja nur in Paris mit seinen Kriegsamerikern „von der anderen Seite“ sprechen. Ob sein Besuch bei dem Herrn französischen Minister- präsidenten und dem Außenminister angenehm sei, haßte er nur nebenbei gefragt. Daß ihm über die Wil- helmstraße der Besuch wurde, man sei im Augenblick sehr reichhaltig, man bedauere, aber... ist gewiß sehr peinlich, doch haben sich die zünftigen Berliner Diplomaten darüber herzlich gefreut. Ihnen paßt es schon lange nicht in den Plan, daß der „Reichsfinanzminister“ alias „Reichsführer“ eigene „Geschäftsreisende“ auf die Tour schickt und immer nur laule Ordres mit nach Hause bringen.

Notieren wir noch, was man aus Berlin erfährt und womit man bei der Abreise des Herrn Dr. Josef Goebbels

von Anfang an rechnen konnte. Er erklärt jetzt in aller Seelenruhe, es habe ja überhaupt gar nicht in der Absicht der Reichsregierung gelegen, Rudolf Heß nach Paris zu schicken. Heß habe nur als „Privatmann“ in seiner Eigenschaft als Kriegsteilnehmer reisen wollen, um „seinen französischen Kameraden die Hand zu drücken“.

Die Kugel vom Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind, weil sie — zu hoch hängen!

Laval

Zustimmung von links bis rechts

(Von unserem Korrespondenten.)

Paris, 13. Dezember.

Die gesamte französische Presse bereitet Laval bei seiner Rückkehr aus Genf einen überaus freundlichen Empfang an. Ueberall wurde gerühmt, daß der glückliche Ausgang der Genfer Session vor allem seiner Aktivität zu verdanken sei. Leon Blum erklärt im „Populaire“, er habe keine... Bedenken, Laval's Doppelerfolg in der Saarfrage... im jugoslawisch-ungarischen Konflikt anzu- erkennen. Laval sei lange genug Sozialist gewesen, um nicht vergessen zu haben, was das Wort „Friede“ bedeute. Eine Genf wäre man vielleicht heute schon mitten im Kriege. Aber es gebe noch eine große Gefahr für den Frieden. Sie liege in dem Rüstungswettlauf. Die letzten in Genf er- zielten Erfolge gäben der Abrüstungskonferenz eine gewisse Chance für den Augenblick. Laval wolle Schuld auf sich laden, wenn er den Augenblick nicht ausnütze.

Im „Figaro“ stellt Vladimir d'Ormesson die Tatsache in den Vordergrund seiner Betrachtungen, daß das Ansehen des Völkerbundes durch den glücklichen Ausgang der Genfer Verhandlungen wesentlich gestärkt ist. Nach einer katastro- phalen Baife seien die Genfer Attien gestiegen. Darüber sei man besonders in England glücklich, wo man eine besonders große Schwäche für den Völkerbund habe. In London wünsche man, daß möglichst bald die beiden „enfant terrible“ Deutschland und Japan nach Genf zurück- kehren, ja, Optimisten seien sogar der Meinung, daß die Vereinigten Staaten nie zuvor einem Beitritt zum Völkerbund geneigter gewesen seien als jetzt, und daß Präsi- dent Roosevelt daran denke, seine Volkstrübseligkeit, von der die letzten Wahlen Kunde gegeben hätten, auszulassen, um diese bedeutungsvolle Entscheidung zu treffen.

Theologiestudenten demonstrieren für Barth

Sie weigern sich, seinen Vertreter anzuhören

Sin und wieder gibt es eine Dase im Wägenstau der geistigen Knechtung. Wie man nachträglich erfährt, hat die große Mehrheit der Bonner Theologiestudenten gegen die Suspendierung des Theologieprofessors Karl Barth, des gebürtigen Schweizer, protestiert.

Am 7. Dezember berief der Universitätsdirektor die Ödter Barth, etwa 300 Studenten, zu einer Konferenz. Er teilte ihnen die Tatsache der Suspendierung ihres Lehrers mit, berichtete aber zugleich, daß das zuständige preussische Mini- sterium einen Herrn Schmidt, Japanier beauftragt habe, die infolge von Professor Barth's Suspendierung ausfallende Haupt- vorlesung über Dogmatik an Stelle von Barth abzuhalten. Dieser Herr Schmidt gilt als ein ausgesprochener Partei- gänger der Deutschen Christen, der nicht einmal eine ordent- liche Professur inne hat. Die anwesenden Studenten gaben sofort eine Erklärung ab, daß sie geschlossen Protest einlegen gegen die Suspendierung ihres Lehrers Professor Barth, und daß es gar nicht in Frage komme, daß Barth Herrn Schmidt anzuhören. Zudem gebe die Bestellung eines Vertreters vor Abschluß des Verfahrens zu dem Miß- verständnis Anlaß, als ob das Versehen sicher mit der Ab- scheidung Barth's enden werde.

Die Studentensammlung verließ recht frühzeitig. Es gab abwechselnd kräftiges Schreien und Tampeln. Teilweise waren die anwesenden Hochschullehrer höchst erstaunt über den Geist der Rebellion, der sich im harmlosen Gewande von Theologiestudenten an der Bonner Universität einge- schlichen hatte.

Der scharfe Hossenfelder

An den Anfängen der „deutschen Christen“ betätigte sich als radikaler Anhänger der Kirchenunterwerfung unter das

Hakenkreuz der Pfarrer Hossenfelder. Dann hörte man lange nichts von ihm, aber jetzt taucht er wieder auf. Er hat die Landesleitung der „Deutschen Christen“ Ostpreußens übernommen und wird im Auftrage des „deutsche-Christlichen“ Bischofs von Königsberg Propagandavorträge in der Pro- vinz halten.

Das Wiederauftauchen Hossenfelders wird allgemein als Anzeichen dafür betrachtet, daß in Kürze der allerschärfste Kurs gegen die Opposition einleiten wird. Die jüngste Droh- rede Friede deutete schon darauf hin. Nur die Rücksicht auf die Saar hält die Anhänger gewalttätigen Vorgehens noch eine Weile zurück.

Beschlagnahme! — verboten!

Berlin, 13. Dez. Das Weichime Staatspolizeiamt hat die Dezemberausgabe der Zeitschrift „Der Ruf“, heraus- gegeben vom Reichsverband der evangelischen Jungmänner- bünde Deutschlands und verwandter Verbänden, in Ver- bindung mit Reichswehr D. Stange polizeilich beschlag- nammt und eingezogen.

Der jüdische Jugendbund „Schwarzes Röhrlin“ hat seine Selbstauflösung beschlossen.

Berlin, 12. Dez. Das Buch eines Hermann Gaud „Neue Grundlagen der Rassenforschung“, das durch seine abstrusen rassenpolitischen Darstellungen, beson- ders im Ausland, erregt hatte, ist verboten worden.

Die in Berlin häufig erscheinende Schrift „Wir Krieg- freiwilligen von 1914/15“ ist von der Staats- polizeifolge Berlin bis auf weiteres verboten worden.

Göring's Rekora

Er schlägt Goebbels und alle Konkurrenten

Der preussische Ministerpräsident, der jede Gelegenheit sucht, um nachzuweisen, daß er die größte Popularität be- sitzt, hat allein gewartet, bis alle anderen Prominenten ihre Sammelbeträge abgegeben hatten. Nun liess er erklären:

Ministerpräsident General Göring hat am Dienstag der Abrechnungsstelle der N.Z.-Volkswohlfahrt seine letzte Sammelbuche übergeben, die die ihm am Tag der nation- alen Solidarität von finanziell begünstigten Kreisen ge- spendeten größeren Geldsumme und Schecks ent- hält. Zur freudigen Ueberraschung der N.Z.-Volkswohl- fahrt steigt damit der Sammelertrag des preussischen Mi- nisterpräsidenten auf insgesamt 76 700 Mark.

Das ist mehr als seine Konkurrenzfamilie Goebbels, Dr. Schacht und noch etliche andere Prominente zusammen er- beuteten konnten.

Nicht man andere Ergebnisse aus dem Reich heran, so zeigt sich erst, wie erbärmlich klein das Ergebnis ist. Ganz große Bezirke haben weniger erbracht, als der eine promi- nente Sammler Göring allein:

Bayerische Ostmark	50 000 Mark
Essen Ruhr	41 468 „
Dalle-Merleburg	22 526 „
Hamburg	50 000 „
Hannover-Züd	70 000 „
Koblenz-Trier	45 000 „
Sachsen	35 000 „
Rheinpfalz	55 000 „
Unterfranken	40 000 „
Mittelfranken	47 800 „
Weser-Eme	72 000 „
Schwaben	70 000 „

Die Zuchtmaschine

Gegen führende Kommunisten

Berlin, 13. Dez. Wegen die sechs kommunistischen Funktionäre, die sich wegen Fortführung der illegalen Bezirks- leitung der KPD, Frankfurt a. M., stellen zu verant- worten hatten, verurteilte der Volksgerichtshof heute nach zweitägiger Verhandlung das Urteil.

Die beiden früheren Parteivorsitzenden Heinrich Rau und Bernhard Bachlein, die sich zudem zum Zwecke der polizeilichen Anmeldung gefälschter Geburtsur- funden bedient hatten, erhielten Zuchthausstrafen von zwei Jahren und einem Jahr und acht Monaten. Zwei Andre sechs Monate Zuchthaus erhielt der Mitangeklagte Harry Rubin, der während der Verhandlung alles abgelehnt hatte. Karl Weiskopf und Harry Haupt bekamen Gefängnis- strafen von drei und zwei Jahren. Das Verfahren gegen Georg Ernst wurde auf Grund der Angah-Kmuche ein- gestellt.

Rau hatte während der „legalen“ Zeit als Leiter der Ab- teilung „Land“ mit dem Zentralkomitee der KPD, zusammen- gearbeitet und zwei Arbeitszimmer im Karl-Liebknecht-Haus zugewiesen erhalten. Es wurde daher ursprünglich ange- nommen, daß er auch nach Frankfurt im Auftrag des Zen- tralkomitees gekommen sei. Das Gericht hielt aber einen Ver- weis in dieser Richtung nicht für erbracht. Jedoch steht fest, daß Rau mit Weiskopf Verhandlungen über die Fortführung der illegalen Bezirksleitung gehabt hat.

Herle abgesezt

Berlin, 13. Dezember.

Der bisherige Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, Dr. Herle, hat sein Amt, wie es offiziell heißt, zur Ver- sorgung gestellt. Die Reichsgruppe Industrie, die Dr. Herle führte, entspricht dem früheren Reichsverband der deutschen Industrie. Die näheren Umstände, die zum Rücktritt dieses hervorragenden Kenners der deutschen Wirtschaftsverhält- nisse geführt haben, sind noch nicht bekannt. Es scheint aber, daß hier ein Zusammenhang mit dem Rücktritt des Herrn von Siemens, Batocki, Grund u. a. von der Leitung der Reichsbahn besteht. Bezeichnet ist es, daß an Stelle von Herle die Leitung der Reichsgruppe Industrie ein Dr. Guth übernommen hat, dessen vornehmliches Verdienst darin besteht, daß er eingetriebenes Mit- glied der NSDAP ist.

Der Gesundheitspaß

Zunächst für jeden Pg. — später für jeden Deutschen

Das im Auftrage des Amtes für Volksgeundheit der NSDAP, ausgearbeitete Gesundheitspaßbuch kommt näch- stens zur Verteilung. Es ist zusammengesetzt aus den Ge- sundheitsbogen des Weipers. Die Bogen unterscheiden drei Lebensabschnitte: Das Säuglings- und Kleinkindalter; die Entwicklungszeit vom 6. bis 18. und das Erwachsenenalter bis zum 65. Lebensjahr. Die nationalsozialistische Presse führt dazu noch aus: Nach den bisherigen Methoden be- schränkten sich die ärztlichen Gesundheitsbogen auf Beschrei- bungen pathologischer Art und richteten sich nach dem Rürfor- bedürfnis. Damit ist aber den Forderungen des neuen Staates nicht Genüge getan. Ein Mensch, der keinerlei diebe- ständige Krankheitsymptome aufweist, kann noch lange nicht, nur auf Grund eines derartigen Befundes, als vollkommen gesund angesehen werden. Der Sinn des es Wollens liegt doch nicht darin, den Menschen lediglich gesund zu erkalten, sondern vielmehr, erbrüchliche Menschen zu erkalten, deren biologischer Wert sie zu gesund und leistungsfähigen Trä- gern der völkischen Erneuerung befähigt.

Das Gesundheitspaßbuch enthält außerdem eine Zipp- schalttafel, die nach Abaltigkeit bis zum Jahre 1800 zu- rückreichen soll, wobei namentlich die biologischen Anlagen genau eingetragen werden müssen. Vorläufig muß nur jedes Parteimitglied der NSDAP, einen Gesundheitspaß besitzen. Geplant ist jedoch, daß der Paß für jeden Deutschen obli- gatorisch gemacht wird.

Streichers „S'ed“

über das jüdische Erho'ungshelm

Unter der Ueberschrift „Judas Judas“ teilt Streichers „Frankische Tageszeitung“ mit: 1903 hatte es die politische Leitung der NSDAP, gemeinsam mit dem Gemeinderat durchgesehen, daß der Juden verboten werde, Sprößlinge ihrer Rasse in das hierfür jüdische Erholungsheim zu schicken. Nun- mehr sind drei Volksgenossen vor diesem ehemaligen Schloß gefahren und zur freudigen Ueberraschung der Umstehenden wurde die ganze Anwesenheit in diese Transportwagen verfracht.

VERLAG OPRECHT & HELBLING, ZÜRICH

Ernst Bloch
ERBSCHAFT DIESER ZEIT. Kart. Fr. 6,—
Leinen Fr. 8,—. Hier ist eine Art Navigationsbuch dieser Zeit, durch sie hindurch und in die kommende.

Theodor Wolff
DER KRIEG DES PONTIUS PILATUS 1914—1933. Kart. Fr. 9,— Leinen Fr. 11,—
Theodor Wolff zeichnet das Kriegsbild mit lebendigem Stil und hervorragendem Kenntnis des Gegenstandes und der agierenden Personen. Wiener Zeitung, Wien

Heinrich Regius
DÄMMERUNG, Notizen in Deu tschld. Kart. Fr. 4,— Leinen Fr. 6,—. Hier wird leidenschaftliche Abrechnung gehalten mit den Widersprüchen und Verlogenheiten der bürgerlichen Gesellschaft.

Bernard Brentano
BERLINER NOVELLEN. Leinen Fr. 3,50.
Brentano läßt Berlin atmosphärisch unübertrefflich, seine Menschen werden wirklich Gestalt, die Idee wird Vorgang und Erlebnis. Neue Freie Presse, Wien

Korang Trang
DIE UNVERBINDLICHEN, Roman aus den Tropen. Kart. Fr. 4,—, Leinen Fr. 6,—. Eine Groteske von ganz ungewöhnlichem geistigen Ausmaß, Korang Trang muß als Betrachter und Gestalter von hohen Qualitäten bezeichnet werden. Dr. A. Kiehl, Karlsruh.

Ignazio Silone
DIE REISE NACH PARIS. 5 Nov. Kart. Fr. 4,—, Leinen Fr. 6,—. Der Verfasser gibt in den 5 Novellen erneute Beweise seiner feinsinnigen Erzählerkunst — Silones dichterische Freiheit ist gewachsen.



Diese
interessanten
BÜCHER
können bezogen
werden durch die
Buchhandlung
der „VOSTI“
Saarbrücken
Saarlouis
Neunkirchen

EUROPA-VERLAG, ZÜRICH

August Forel
ROCKBLICK AUF MEIN LEBEN. Großformat, 14 Bilder. Kartoniert Fr. 6,50, Leinen Fr. 8,50. Die Erinnerungen des großen Arztes, Menschen und Wissenschaftlers.

André Malraux
SO LEBT DER MENSCH. Prix Goncourt 1933. Kartoniert Fr. 5,50 Leinen Fr. 7,50
Dieses Buch ist mehr als weise: es ist tief und schön zugleich, schön in allem Grauen u. in aller Traurigkeit. Nationalzeitung, Basel

Pertinax
OESTERREICH 1934, die Geschichte einer Konterrevolution. Kart. 5,— Leinen Fr. 7,—
Ein ausgezeichnete Kennar der österreichischen Verhältnisse schrieb dieses hochbedeutsame Buch. Volksrecht, Zürich.

Konrad Helden
GEBURT DES DRITTEN REICHES. Kart. Fr. 5,— Leinen Fr. 7,—. Dieses Buch kann das Buch der Generation werden, die aus dem deutschen Unheil lernen will, um es zu überwinden. Arbeiter-Zeitung, Wien

C. u. H. Michaelis - W. O. Somin
DIE BRAUNE KULTUR, ein Dokumentenspiegel. Kart. Fr. 5,— Leinen Fr. 7,—. So vollkommen ist dieses Werk, daß auch der verborgendste Winkel des braunen Chaos darin abgeleuchtet wird. Das Neue Tagebuch, Paris

Walther Rode
DEUTSCHLAND IST CALIBAN. Streitschriften Pamphlete. Kartoniert Fr. 3,50, Leinen Fr. 5,—. Das Beste, was ich seit Nietsche über die Deutschen gelesen habe. Emil Ludwig



Durdis Guckloch

Die Frau des in Oesterreich gehängten Schutzbündlers Koloman Wallisch, Genossin Paula Wallisch, arbeitet seit längerem an einer Biografie ihres Mannes, die den Titel tragen wird: „Ein Held stirbt“. Noch vor Weihnachten soll das Buch im Handel erscheinen. Es wird, auch wenn die literarische Vermittlung der Witwe hingenommen wird, also die riesige Memoirenbibliothek erweitern, die sich seit zwanzig Jahren in dieser furchtbaren Zeit, und mitten aus ihr heraus, entwickelt hat.

Wer hat nicht alles Memoiren geschrieben? Der Exkaiser und sein Knock-out-Gegner Lloyd George, der geschlagene Hindenburg und der siegreiche Foch, Scheer und Lord Fisher, Poincaré und Bethmann, der Bürokrat von Jagow und der Weltmann Nitti, der ermordete Erzberger und der ans Ziel gelangte Masaryk. Güter selbst hat sein Ei, allerdings nur ein Windei, auch dazu gelegt mit seinem „Kampf“, obschon er damals eigentlich noch gar nichts anderes erlebt hatte, als seinen obergährigen Putsch in München. Es ist ja auch danach!

In fast allen diesen Memoiren steht zu lesen, daß alle es natürlich grundfalsch gemacht haben; nur der Held des Buches hat immer alles gekußt und alles richtig eingeschätzt und nur die Schönheit höherer Gewalten ist schuld daran gewesen, daß zuletzt es doch eben anders gekommen ist. Wird das in Wallischs Bekenntnis aus der Armsünderzelle, das seine wackre Frau für ihn niederschreibt, auch enthalten sein?

Wir glauben: nicht! Wer für sein Ideal trotzig zum Galgen geht, braucht nicht die Rechtfertigung vor jener selben Welt, die sich ihm zum Henkerdienst bereit gestellt hat. Er verachtet sie und benützt sie deshalb nicht als Beichtvater! Diesen Memoiren wird das sehr banale Motiv der Selbstgefälligkeit fehlen, das Wilhelm den Narren selbst dann noch nicht im Stich ließ, als sich die Gartentür von Haus Dorn hinter ihm bis zum Tode schloß. Darum aber grade wird Wallischs Buch wahrscheinlich auch nur die Leser finden, denen es nur um eine Sache zu tun ist! Und war es eine kleine Sache, für die unser Wallisch den Hals in den Strich legte?

Der kostbare brasilianische Kaffee, der alljährlich auf die Meerestiefe versenkt wird, damit die Preise für den in den Lagern und Stores verbliebenen Rest hübsch hoch bleiben, spielt seit langem das corpus delicti in Sachen Gegenwarts-kapitalismus. Selbst die Nicht-Sozialisten entsagen sich vor der Sinnlosigkeit, daß die aromatischen braunen Bohnen die Häfische, die sie noch nicht einmal mögen, zu schlucken kriegen, während sich Landgerichtsräte im „dritten Reich“ mit dünner, schollenverhafteter Zichorie begnügen müssen.

Nun ist man aber diesem duftenden Komplex kapitalistischen Unsinn auf den Leib gerückt! Praktisch, wie schon in der Ortssage die berühmte Wiener Hausfrau genannt wird, hat der Wiener Frauennotbund sich an die brasilianische Regierung gewandt, ihm und seinen Betreuten an der Donau doch wenigstens einen kleinen Teil des guten Produkts zu überlassen, das man zum Tode des Ertrinkens verurteilt habe. Die Brasilianer sind ohne und mit Ministerportefeuilles samt und sonders Caballeros. Sie haben eingewilligt. Der Gratskaffee sollte nun kommen...

Da naht das Unglück in Gestalt eines Fachmannes für Kaffeeprobleme. Hoch das Spezialistentum! Der Mann vom Fach hat nämlich den Wiener praktischen Nothelferinnen haargenau ausgerechnet, daß der geschenkte brasilianische Kaffee, wenn er nach Hinterlegung aller Zoll-, Tarif- und sonstigen Gebühren glücklich im Schatten des Stefandomes lagern wird, genau siebzig Groschen das Kilo oder keine fünfundsiebzig Pfennig das Pfund weniger kostet, als der, den man gegen blankes Geld in den Wiener Geschäften kaufen kann. Grade etwa zehn ganze Prozent hätte man durch den Edelmut Brasiliens und den praktischen Sinn der geborenen Weanerinnen für die Armen gerettet und dem Kapitalismus entrissen. Ob sich da der Umstandsweg noch lohnt?

Moral: Auch aus dieser kleinen Kaffeegeschichte sei zu erkennen, daß man das große Ungeheuer Kapitalismus wirklich nicht tötet, indem man ihm den Bart schert oder in den Schwanz zwickt.

F. E. Roth.

Oesterreichs Staatsrat

Die Arbeiter haben nichts zu sagen

Die Zusammensetzung der „Weisgebenden Körperschaften“, die im Sinne der neuen, dem österreichischen Volk offizierten Verfassung ernannt worden sind, ohne daß das Volk auch nur den geringsten Einfluß auf die Auswahl seiner „Vertreter“ gehabt hätte, kennzeichnet deutlich das antisoziale, arbeitfeindliche Regime des christlichen Ständestaates.

Präsident ein Heimwehrmann

Präsident des Staatsrates und damit auch Präsident der Körperschaft, der scheinbar Weisgebungsrecht zusteht, des Bundespräsidenten, ist ein Heimwehrmann, der Betriebsdirektor der Bundesbahnen Ingenieur Konrad H. Er war Kommandant der Eisenbahnwehr und wurde vor zwei Jahren wegen seiner Zugehörigkeit zur Heimwehr zum Direktor befördert. In der Präsidentschaft des Heimwehrmannes kommt der ausschlaggebende Einfluß der Heimwehrschichten zum Ausdruck.

Von 50 Staatsräten — ein Arbeiter!

Für die soziale Zusammensetzung des Staatsrates ist kennzeichnend, daß die Arbeiter und Angestellten aus dieser für 10 Jahre ernannten Körperschaft so gut wie völlig ausgeschlossen sind. Ein einziges Mitglied des Staatsrates, der christlichsoziale Arbeiterführer Kunzsch, ist aus der Arbeiterschaft hervorgegangen. Alle anderen Mitglieder des Staatsrates gehören den besitzenden Klassen an und sind den Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft völlig fremd. Bei den letzten Wahlen sind auf die sozialdemokratische Arbeiter- und Angestelltenschaft 42 Prozent aller abgegebenen Stimmen entfallen. Diese 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung haben überhaupt keine Vertreter, sie sind zu politischen Delikten degradiert.

John Adelige, sechs Offiziere

Für die soziale Zusammensetzung des Staatsrates ist kennzeichnend, daß unter den „Ständevertretern“ der Adelsstand und der Offiziersstand am stärksten vertreten sind. Schon die erste Sichtung der Liste der Staatsratsmitglieder ergibt, daß mindestens 10 von den 50 Staatsräten Adelige sind, und zwar zum Teil Angehörige des höchsten Adelsstandes, wie der Fürst Schönburg-Hartenstein, der Graf Hoyos, der Graf Thurn-Balassina, einer der reichsten Großgrundbesitzer, der Graf Goyech, ebenfalls ein reicher Großgrundbesitzer, der Baron Morley, und andere Angehörige des hohen und mittleren Adels. Mindestens 6 Mitglieder des Staatsrates, also mehr als 10 Prozent, sind Berufsoffiziere, die jetzt noch zum Teil aktiv sind. Ein großer Teil der Adelligen sind reiche Großgrundbesitzer, außer ihnen wurde noch eine Reihe von Großbauern in den Staatsrat berufen, so daß neben Adelligen und Offizieren großagrarische Interessenvertreter im Staatsrat dominieren.

Ebensoviel Unternehmer, wie Arbeitervertreter

Im Bundeswirtschaftsrat kommt die soziale Entwertung der Arbeiter und Angestellten ebenso deutlich zum Ausdruck. Die Unternehmer der verschiedenen Wirtschaftszweige haben im ganzen genau so viel Vertreter wie die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten, obwohl es selbstverständlich um ein Vielfaches mehr Arbeiter und Angestellte als Unternehmer gibt.

Kulturarbeit des Völkerbundes

Der Völkerbund hat auf ein Ansuchen Chinas vier Ingenieure: je einen Engländer, Franzosen, Holländer und Italiener, dorthin entsandt, um eine Reihe Fragen der Wasserkraftanlagen und der Wegeverbesserung zu prüfen. Die Vorarbeiten wurden auf Grund der chinesischen Angaben gemeinsam mit einem französischen, einem amerikanischen Fachmann und in Verbindung mit dem Dresdener Professor Engels betrieben, einem besonderen Kenner des Hoangho und langjährigen Berater der chinesischen Regierung für die Wasserkraftanlagen an diesem Fluß.

Diese Maßnahme beruht auf einem Abkommen vom Mai 1931, wonach die technischen Organisationen des Völkerbundes berufen sind, dem chinesischen nationalen Wirtschaftsrat Sachverständige für technische, hygienische und sonstige Aufbauarbeit jeder Art zuzuwenden.

Er ist also doch nicht ganz umsonst auf der Welt!

Basel verbietet die Diffamierung von Juden

Basel, 12. Dez. In Basel bethet seit einiger Zeit eine kleine politische Gruppe, welche eine antisemitische Zeitung unter dem Namen „Volkswort“ herausgibt. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat nun der Zeitung und ihren Hintermännern unter Androhung strafrechtlicher Ahndung jede gemeine Schmähung der jüdischen Rasse oder des jüdischen Glaubens verboten. Unter dieses Verbot fallen insbesondere der öffentliche Gebrauch der Vermächtigung „Juda verrede“, die öffentliche Verbreitung des Anwurfes, daß die Juden zu ritualen Zwecken Menschen töten, die öffentliche Aufforderung, sich des Verkehrs mit Juden als etwas Entehrendem zu enthalten, jede gemeine Verpötnung oder böswillige Verungehrung der Juden, die von den Juden aus religiösen Gründen verübt werden oder ihrem Glauben dienen.

Paris

Deutscher Klub

Am Samstag, dem 15. Dezember, um 21 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Damen und Herren sind als Gäste sehr gerne willkommen. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 5 Franken (Stellungslose 3 Franken). Die Adresse des Deutschen Klubs lautet: Salons Le Péristyle, 31bis, Rue Vivienne (Métro: Bourse).

BRIEFKASTEN

Der „Zahnverband Deutscher Schriftsteller“ (société allemande des gens de lettres), Gruppe Paris, veranstaltet am Freitag, dem 14. Dezember, im Saal I J der Mutualité um 8.30 Uhr einen Vortrag über: Es werden sprechen: Alo Ghrönbarg, André Malraux, Klaus Mann über: „Die Bedeutung des Moskauer Schriftstellerkongresses für die zeitgenössische Literatur“.

„Blottenkonferenz“. Der gegenwärtige Stand der Blottenrüdungen bei den fünf härtesten Seemächten in der Welt ist etwa folgender: Vereinigte Staaten: 1 228 000 Tonnen, England: 1 172 000 Tonnen, Japan: 888 910 Tonnen, Frankreich: 658 091 Tonnen, Italien: 515 970 Tonnen, Deutschland: 172 480 Tonnen. Diese Tonnagezahl verteilt sich auf die einzelnen Kategorien etwa folgendermaßen: Vereinigte Staaten: 15 Dreadnoughts, 30 Kreuzer, 229 Zerstörer, 88 U-Boote; England: 15 Dreadnoughts, 44 Kreuzer, 187 Zerstörer, 52 U-Boote; Japan: 10 Dreadnoughts, 30 Kreuzer, 104 Zerstörer, 61 U-Boote; Frankreich: 9 Dreadnoughts, 17 Kreuzer, 70 Zerstörer, 88 U-Boote; Italien: 4 Dreadnoughts, 24 Kreuzer, 95 Zerstörer, 26 U-Boote; Deutschland: 7 Dreadnoughts, 8 Kreuzer, 32 Zerstörer.

„In mehrere. Die jenseitigen Dokumente — der Brief von Ernst und die Denkschrift der Reichswehr an Hindenburg —, die in den letzten Tagen durch die Weltpresse gegangen sind, werden, wie wir erfahren, in dem „Weißbuch über die Ereignisse des 30. Juni“ in den Editions du Carrefour, Paris, erscheinen, zu dem der schwedische Senator Branting das Vorwort geschrieben hat. Aus diesem Vorwort veröffentlichen wir nachstehend einen Auszug. Branting schreibt: „Zwischen der deutschen Bartholomäusnacht und dem Reichstagsbrande besteht ein tiefer innerer Zusammenhang. Der Nationalsozialismus hat sich durch Verbrechen den Weg zur Macht zu bahnen verübt, er häufl Verbrechen an Verbrechen, um die Macht zu halten. Die Technik des 30. Juni entspricht nahezu bis ins kleinste Detail der Technik des 27. Februar 1933.“

„H. A. Amberham. Das beste Buch über die Saar ist unbedingt das im Ringverlag, Zürich, erschienene aktuelle. Hier spricht die Saar“ von Theodor Hoff. Es war nach acht Tagen vergriffen. Der Verlag bringt nunmehr die zweite Auflage in Höhe von 5000 Exemplaren heraus. Gleichseitig erscheint eine englische Uebersetzung des Buches unter dem Titel „Die Saar aus erster Hand“.

„Kraft durch Freude.“ Wir erfahren durch Sie: „Von einem Teilnehmer einer Oberbayerinahrt mit „Kraft durch Freude“ wird berichtet, daß an dieser Fahrt Habsburgerntwürter tubelmeiste teilgenommen haben. Eine Nordlandreise legte sich ebenso ausschließlich aus sehr vermögenden Leuten zusammen, so daß sich ein Profurist, der immerhin ein Monatslohn von 800 Mark hat, geradezu als Prolet in dieser Gesellschaft fühlte. Jetzt sind Mittelstellen für die Teilnahme erlassen, die eine Höchstgrenze des Einkommens festsetzen. Auch soll im kommenden Jahr kontrolliert werden, daß nur Mitglieder der Arbeitsfront teilnehmen können.“ — Hoffen wir es.

„Reichsbannerkamerad.“ Von einer kurzen Auslandsreise schreiben Sie uns: „Ein Kamerad einer nordwestdeutschen Großstadt, der 40 Wochen beschäftigt, berichtet, daß er und ein Innungscollege von ihm je einen Gesellen entlassen wollten. Daraufhin erhielten die Weider einen Besuch vom Arbeitsamt. Der Beamte teilte ihnen mit, sie sollten den Gesellen den Lohn in Höhe der Unterhaltung weiterbezahlen und könnten diesen Betrag an ihrer Steuerkasse in Abzug bringen. Das geschieht auch. Diese Vorfälle wurden auch in der Innungsversammlung behandelt. Der Zweck ist natürlich, die Zahl der Arbeitslosen zu vergrößern.“

„Christiansländer.“ Von einer kurzen Reise ins Ausland, die Sie zum ersten Male mit der „Deutschen Freiheit“ bekannt machte, schreiben Sie uns u. a.: „Ich berichte großdauerliche Betriebe und finde überall sehr feine politische Stimmung vor: In einem Hofe wollte ich mich verabschieden, da sagte der Gutsherr: „Weihen Sie noch, in einer halben Stunde kommt der Moskauer Botschafter.“ Ich bin erhaunt und verheißt, daß ich Moskau noch nie gehört habe. Darauf der Gutsherr: „Gott, man will doch auch mal was anderes hören.“ Und auf Nachfrage ergänzt er, daß er bei dieser Methode keine untätigliche Ausnahme unter seinen Kollegen sei.“

„Früher Niedersachsen.“ Ein bayerischer Verwandter schreibt Ihnen aus der Heimat: „Bei uns haben Bauern in der Kaiserzeit freie Aussprache verlangt. Als man ihnen diese verweigerte, hand dennoch ein Mann auf und begann zu schimpfen. Er wurde verhaftet. Daraufhin erklärten die übrigen Bauern: Wir denken wie er, dann müßt ihr uns mitverhaften. Tatsächlich hat man dann etwa 30 Leute verhaftet, jedoch am andern Tag wieder freigelassen.“

„Malkorca.“ Ihnen hat ein gut unterrichteter Freund aus der Heimat geschrieben: „In Niedersachsen sind bei den diesjährigen Sammlungen zur Winterhilfe die Spenden von selbstgemachten Konfekten verpflichtet worden, auf die Bildchen ihre Namen zu schreiben. Eine Nachfrage bei den Sammlerinnen hat ergeben, daß in vergangenen Jahren in vielen Konfektbüchsen nicht als Sand oder alte Knochen waren. Das soll unterbunden werden dadurch, daß durch den Namen jederzeit der Weber festzustellen ist.“

Für den Gesamtdruck verantwortlich: Johann Vög in Durbelker; für Inserate: Otto Kubn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schlegelstraße 2, — Schlegelstraße 776 Saarbrücken.